

Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Institut für Politikwissenschaft

Hauptseminar: Die Entwicklung des deutschen Parteiensystems von 1870 bis zur Gegenwart II:
Weimarer Republik

Wintersemester 1997/98

Dienstag 14 - 16 Uhr

Leitung: Univ.-Prof. Dr. Jürgen W. Falter

Thema: Die Parteien der Weimarer Koalition

Tobias Daniel
Rheinstraße 32
55543 Bad Kreuznach
Telefon: 0671/75741
E-Mail: TobiasDaniel@web.de
Politikwiss./M. u. N. Gesch./A. Gesch.
(9/11/11)

Inhaltsverzeichnis

Kapitel	Seite
1. Einleitung	3
2. Die Deutsche Zentrumspartei	3
2.1. Vorgeschichte	3
2.2. Selbstverständnis und Programmatik	6
2.3. Organisation und Wählerschaft	10
2.4. Die Rolle des Zentrums in der ersten deutschen Republik	13
3. Die deutsche Sozialdemokratie	16
3.1. Der Aufstieg der Sozialdemokratie im Kaiserreich	16
3.2. Programmatik	18
3.3. Organisation, Mitgliedschaft und Wähler	18
3.4. Die Sozialdemokratie in Weimar	21
4. Der Linksliberalismus	24
4.1. Der Linksliberalismus im Kaiserreich	24
4.2. Aufbau und Programmatik der Deutschen Demokratischen Partei	25
4.3. Die Deutsche Demokratische Partei und ihr Niedergang	28
5. Zusammenfassung	31
6. Quellen- und Literaturverzeichnis	32
6.1. Quellen	32
6.2. Aufsätze und Monographien	33

1. Einleitung

Eine der auffälligsten Erscheinungen im Zusammenhang mit der Umbildung des deutschen Staatswesens, hin zu einer parlamentarischen Demokratie im Jahre 1918, war die gewachsene Bedeutung der Parteien als Träger der Politik. Seit der Gründung der Republik und deren demokratischen Legitimierung durch die Nationalversammlung war den einzelnen Parteien nun „die Aufgabe zugefallen, den politischen Ausgleichsprozess zu vermitteln und auf dem Wege des parlamentarischen Kompromisses in praktische Politik, in ein von der Mehrheit des Volkes anerkannte Gestaltung der gesamtstaatlichen Entwicklung umzusetzen“¹, obwohl die Verfassung ihnen hierzu keinen ausdrücklichen Auftrag gab. Allerdings blieb das alte Parteienschema der Kaiserzeit trotz einiger Umbenennungen weitgehend bestehen. Dabei lassen sich immer noch die alten politischen Strömungen erkennen: die Konservativen, vertreten durch die DNVP; der Links- und Rechtsliberalismus in Form der DDP und der DVP; die Sozialisten mit der SPD und der politische Katholizismus in der Deutschen Zentrumspartei und der Bayerischen Volkspartei (BVP). Hinzu kamen schließlich die Flügelparteien, die der politischen Radikalisierung Ausdruck gaben, nämlich die KPD und die NSDAP.²

In dieser Hausarbeitsoll sich nun besonders mit den Parteien der Weimarer Koalition, dem Zentrum, der SPD und der DDP, beschäftigt werden. Von folgender Fragestellung wird dabei ausgegangen:

- Welche Rolle haben eben genannte Parteien in der Weimarer Demokratie gespielt?
- Welche zentralen Ziele wurden in den Parteiprogrammen festgelegt?
- Wie waren diese Parteien organisiert und aus welchen Schichten rekrutierte sich deren Wählerschaft?
- Wo lagen die zentralen Gemeinsamkeiten bzw. Unterschiede im Vergleich der drei Parteien?

Unter diesen Gesichtspunkten sollen nun diese Parteien behandelt werden. In diesem Zusammenhang soll dann auch auf die Rolle der Unabhängigen Sozialdemokraten (USPD) und der Deutschen Staatspartei (DSStP), die 1930 als Nachfolgepartei der DDP gegründet wurde, eingegangen werden.

2. Die Deutsche Zentrumspartei

2.1. Vorgeschichte

In einer charakteristischen Koinzidenz sind die Anfangs- und Enddaten der jüngeren deutschen Geschichte identisch mit den Daten der Gründung und des Untergangs der Deutschen Zentrumspartei. Gegründet wurde sie im Jahr 1870 unter dem Eindruck der kleindeutschen Einigung und der protestantischen Kaisermacht als politische Interessenvertretung des deutschen Katholizismus und wurde durch den Konflikt mit dem damaligen deutschen Reichskanzler Otto von Bismarck besonders geprägt. Mit der „Machtergreifung“ des Nationalsozialismus am 30. Januar 1933 fand das Zentrum

¹Bracher, Karl Dietrich: Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Machtverfall in der Demokratie (Schriften des Instituts für politische Wissenschaft, Band 4). Villingen/Schwarzwald ³1960. S. 66.

²Vgl. Vogt, Martin: Parteien in der Weimarer Republik. In: Karl Dieter Bracher, Manfred Funke u. Hans-Adolf Funke (Hrsg.): Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik - Wirtschaft - Gesellschaft. (Schriftenreihe der politischen Bildung, Band 251). Bonn 1987. S. 137.

schließlich als Exponent jener „in sich geschlossenen Sondergesellschaft“ des deutschen Katholizismus sein Ende, die sich seit der Mitte des 19. Jahrhunderts in der Konfrontation mit der heraufziehenden bürgerlich-liberalen Industriegesellschaft und in der Auseinandersetzung mit ihrer spezifischen Kultur- und Staatsidee ausgeformt hatte.³ Um nun auf die Bedeutung des Zentrums in der Parteienlandschaft der Weimarer Republik einzugehen, muss man zunächst auch dessen Rolle im Kaiserreich erschließen.

Den Ursprung hatte das Zentrum in den weltanschaulichen Auseinandersetzungen in Deutschland, personell und ideell knüpfte es dabei an die katholische Fraktionsbildung im preußischen Landtag an. Es war eine Partei von Katholiken, die neben der Verteidigung kirchlicher Rechte auch gewisse politische Vorstellungen ausgebildet und programmatisch verdichtet hatte. Die am 28. Oktober 1870 verabschiedete Soester Grundsatzklärung stand unter dem anspruchsvollen Motto „Für Wahrheit, Recht und Freiheit“ und formulierte vier zentrale Ziele: die Freiheit und den Schutz der Kirche, die Parität der Religionsgemeinschaften, die Schaffung von Konfessionsschulen und die Verteidigung des christlichen Charakters der Ehe. Die politischen und wirtschaftlich-sozialen Ziele des Parteiprogramms konzentrierten sich vor allem auf folgende Punkte:

1. Förderung der bundesstaatlichen Struktur des neugegründeten Deutschen Reiches;
2. Dezentralisierung der Verwaltung;
3. Beschränkung der Staatsausgaben und gerechte Verteilung der Steuern;
4. Interessenausgleich zwischen Kapital, Grundbesitz und Arbeit;
5. Förderung des bäuerlichen und bürgerlichen Mittelstandes;
6. Freiheit für die Lösung sozialer Aufgaben;
7. gesetzlicher Schutz der Arbeiter gegen sie bedrohende Missstände.

Obwohl das Zentrum als politische Partei gegründet wurde, standen allerdings eher kirchliche und konfessionelle Gesichtspunkte im Vordergrund. Zwar artikulierte man deutlich das Interesse an sozialen Problemen, doch war dieses auf die „grundsätzliche Wahrung der bestehenden Verhältnisse in einem dreipoligen Spannungsfeld von Kapital, Grundbesitz und Arbeit abgestellt und zeigte eine erkennbare Frontstellung nur gegenüber offenkundigen Missständen in [...] der Arbeiterschaft.“⁴ Schon bei seinem ersten parlamentarischen Auftritt konnte sich das Zentrum bereits einen beachtlichen Rückhalt sichern. So erhielt die Partei im Deutschen Reichstag 63 von 382 Sitzen und stellte auch im preußischen Landtag 58 von 432 Abgeordneten.⁵ Somit war das Zentrum, das trotz seiner Betonung des politischen und überkonfessionellen Charakters die parteipolitische Vertretung blieb, bereits früh ein wichtiger politischer Machtfaktor und konnte als solcher daher auf das innen- und außenpolitische Kräftespiel einwirken; außerdem musste es nun auch in das Kalkül der anderen politischen Parteien einbezogen werden. Dabei stellte die konfessionelle Prägung den besonderen Charakter und die besondere Stärke des Zentrums dar. Eine besondere Schwäche des Zentrums war zudem die Tatsache, dass es der Parteiführung nicht gelang, einen nennenswerten protestantischen Parteiflügel aufzubauen.

³Vgl. Becker, Josef: Die Deutsche Zentrumspartei 1918-1933. Grundprobleme ihrer Entwicklung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 11/1968. S. 3.

⁴Vgl. Lönne, Karl-Egon: Politischer Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert. Frankfurt/Main 1986. S. 153.

⁵Vgl. ders. S. 153.

Ein wichtiger Impuls für die Gründung der Zentrums­partei war auch der Kulturkampf. Bereits im Juli 1871 begann Bismarck mit entsprechenden Maßnahmen gegen den ausgewiesenen Gegner und „Reichsfeind“. Seine Intentionen waren dabei die „Ausweitung der Staatsfunktionen und Zurückdrängung des kirchlichen Einflusses“, die „Unterordnung der Kirche unter den Staat“ und die Zurückdrängung der Zentrums­partei.⁶ Allerdings gelang es Bismarck nicht, das Zentrum aus dem politischen Leben des Kaiserreiches zu entfernen. Vielmehr verstärkte und verbreiterte die Partei ihre Anziehungs- und Integrationskraft, die nahezu alle sozialen Schichten und Klassen umfasste. Bereits bei den Parlamentswahlen des Jahres 1874 wurde das Zentrum zur zweitstärksten Partei und somit zu einem politischen Machtfaktor, den Bismarck nicht mehr ignorieren konnte. Der Parteiführung war es nun gelungen, das Zentrum während des Kulturkampfes „dauerhaft zu etablieren und in den wechselnden parlamentarischen Situationen [...] taktisch geschickt einzusetzen.“⁷ Bismarck war daher gezwungen, den politischen Katholizismus durch einen schrittweisen Abbau der Kulturkampfgesetze für seine Politik zu instrumentalisieren. Ein erster Erfolg zeigte sich bereits 1879 mit der Einbindung des Zentrums in die Schutzzoll- und Steuerpolitik. Die Bereitschaft des Zentrums, sich nun konstruktiv an der Regierungspolitik zu beteiligen, beschränkte sich dabei nicht nur auf den konservativen Flügel, der das mittelalterliche Bündnis von Altar und Thron zu erneuern; auch der liberale Flügel wollte die Machtposition der Zentrums­partei nutzen, um auch seine politischen Zielvorstellungen in die Parlamentsarbeit einzubringen.⁸ Allerdings entstanden schon in den ersten Jahren nach der Gründung des Zentrums einige Konflikte am Rande und im Innern der Partei, obwohl der Kulturkampf nach der Reichsgründung eine starke Klammer für die verschiedenen Gruppierungen darstellte, die das Zentrum umschloss. So hatte es ständig seine Einheit gegen wirtschaftliche und soziale Spannungen durchzusetzen, welche die Katholiken als Teil der Gesamtgesellschaft betrafen oder dadurch zu erklären waren, „dass der katholische Volksteil überproportional agrarische und industrielle Unterschichten und auch im Mittelstand über eine breite Anhängerschaft verfügte.“ Desweiteren kamen regionale Spannungen hinzu, insbesondere mit dem bayerischen Zentrum „mit seinem vorwiegend agrarischen Charakter“ oder mit den katholischen Arbeitern an Rhein und Ruhr. Verschärft wurden diese Spannungen noch dadurch, dass das Zentrum erst in den 1890er-Jahren allmählich eine übergreifende Parteiorganisation aufgebaut hatte, welche aber nie die Effizienz erreichte wie die sozialdemokratischen Organisationsstrukturen. Schließlich fanden die sozialen Spannungen innerhalb der Zentrums­partei ihren Ausdruck auch in den verschiedenen Führungsgruppen, „die in den wechselnden politischen Situationen um den ausschlaggebenden Einfluss in der Gesamtpartei kämpften.“⁹

Nach dem Ende des Kulturkampfes und den zunehmenden innerparteilichen Spannungen war die Politik des Zentrums in den 90er-Jahren des letzten Jahrhunderts vor allem „geprägt von der offensiven Auseinandersetzung mit der erstarkenden Sozialdemokratie, dem Aufkommen bäuerlicher Interessenpolitik innerhalb der Partei, dem offenen Übergehen zu nationalistischen und imperialistischen

⁶Vgl. Hofmann, Robert: Geschichte der deutschen Parteien. Von der Kaiserzeit bis zur Gegenwart. München 1993. S. 100.

⁷Lönne, Karl-Egon: Politischer Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert. S. 171.

⁸Vgl. Hofmann, Robert: Geschichte der deutschen Parteien. S. 102.

⁹Vgl. Lönne, Karl-Egon: Politischer Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert. S. 176/177.

Positionen und einem nahezu ununterbrochenen Paktieren mit dem Konservativen.“¹⁰ Um die Jahrhundertwende hatte sich die Stellung des Zentrums jedoch auch dadurch gewandelt, dass sich die Kräfteverhältnisse innerhalb des politischen Katholizismus durch das gewachsene Gewicht der Arbeiterschaft verschoben hatten. Eine große Rolle nehmen dabei auch die zahlreichen Vereine ein, die schon immer „eine wichtige Funktion bei der Mobilisierung und Politisierung von Anhängermassen gespielt“ hatten. Zu den wichtigsten Zielen zählte dabei die „Abschirmung der Arbeiter von dem Einfluss der als atheistisch und sozialrevolutionär abgelehnten Sozialdemokratie und den ihnen nahestehenden Gewerkschaften.“¹¹

Im Zuge der im Jahre 1907 einsetzenden innerparteilichen Umschichtungen entwickelte sich das Zentrum allerdings zu einer mächtigen Barriere gegen den Abbau konservativer Bastionen. Während die Arbeiterschaft die Grenzen ihres Aufstieges erreicht hatte und innerparteilich in die Isolation geraten war, wandte sich die bürgerliche Führungsgruppe entschieden gegen jede Form der Demokratisierung. Am Vorabend des Ersten Weltkrieges strebte das Zentrum somit einen bürgerlich dominierten Klassenstaat an, also „ein Regime, in dem die Macht- und Verfassungsverhältnisse unter Wahrung der monarchischen Formen zugunsten der bürgerlichen Führungsschichten umgebogen wurden, in dem aber zugleich der Arbeiterbewegung und den Massen der Industriegesellschaft die politische Gleichberechtigung und die Chancengleichheit auf lange Sicht hin verwehrt blieben.“¹² Die Revolutionsergebnisse des Jahres 1918 hatten das Zentrum jedoch völlig überrollt. Zentral geplante und gesteuerte Aktionen der Partei auf Reichsebene blieben aus; lediglich in Baden, Hessen und Württemberg konnte man sich in die Bildung der Revolutionsregierungen einschalten. Vielmehr spielte nun die Frage eine Rolle, wie die bisherige politische Arbeit fortgesetzt werden sollte. Dabei kam dem Selbstverständnis des Zentrums große Bedeutung zu.

2.2. Selbstverständnis und Programmatik

Gemäß seinem Selbstverständnis verstand sich das Zentrum als christliche Partei, die allein „die unwandelbaren christlichen Ideale“ in der Politik verwirklichen wolle und an den „Grundsätze einer christlichen Weltordnung“ festhalte. Doch kam man dabei nicht über allgemeine Bestimmungen hinaus. In den „Richtlinien“ vom Januar 1922, dem wichtigsten Versuch programmatischer Selbstbesinnung, bezog man sich zwar häufig auf christliche Grundsätze, doch begnügte man sich dabei mit der lapidaren Feststellung, dass man als „christliche Volkspartei“ entschlossen sei, „die Grundsätze des Christentums in Staat und Gesellschaft, in Wirtschaft und Kultur zu verwirklichen.“¹³ Dessen Scheu vor einer Konkretisierung der christlichen Politik hatte allerdings mehrere Gründe. So stand das Zentrum zunächst vor dem Problem, dass nur bestimmte Teile seiner Überzeugung rational vermittelbar

¹⁰Hofmann, Robert: Geschichte der deutschen Parteien. S. 102.

¹¹Lönne, Karl-Egon: Politischer Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert. S. 181.

¹²Loth, Wilfried: Zwischen autoritärer und demokratischer Ordnung: Das Zentrum in der Krise des Wilhelminischen Reiches. In: Winfried Becker (Hrsg.): Die Minderheit als Mitte. Die deutsche Zentrumspartei in der Innenpolitik des Reiches 1871-1933 (Beiträge zur Katholizismusforschung). Paderborn, München, Wien, Zürich 1986. S. 62.

¹³Vgl. Ruppert, Karsten: Die deutsche Zentrumspartei in der Mitverantwortung für die Weimarer Republik: Selbstverständnis und politische Leitideen einer konfessionellen Mittelpartei. In: Winfried Becker (Hrsg.): Die Minderheit als Mitte. S. 71/72.

waren, ließ sich aus dem Glauben keine Programmatik ableiten; doch „prägte er eine politische Haltung aus, da aus ihm Grundüberzeugungen erwachsen, die vor aller Politik lagen.“ Desweiteren hatte das Bekenntnis zu den Grundsätzen des Christentums auch eine taktische Variante. Das Zentrum hatte es dabei als „Verpflichtung empfunden, sich zu einer interkonfessionellen Partei zu entwickeln. Seine Versuche, das gesamte Parteiensystem umzugestalten oder Verhandlungen mit protestantischen Gruppen aufzunehmen, zeigten jedoch, „dass die jahrzehntelange Konfessionalisierung deutscher Politik einer politischen Zusammenfassung der Konfessionen immer noch entgegenstand.“¹⁴

Aus dem Blickwinkel des Zentrums sah man christliche Politik in der Praxis zunächst als „Kulturpolitik“ an. Darunter verstand man insbesondere „das Bemühen um eine Durchdringung des öffentlichen Bewusstseins mit katholischem Geist, die Durchsetzung christlicher Moralvorstellungen, den Kampf um die Konfessionsschule und die öffentlich-rechtliche Stellung der Kirche im Staat“. Mit der Übernahme der Grundrechte und der Autonomie der Kirche in der Weimarer Verfassung hatten jedoch wesentliche Elemente dieser Politik ihre Bedeutung verloren. Allerdings kam die christliche Politik der Zentrumspartei auch in der Weimarer Republik nicht aus ihrer traditionellen Verengung heraus, verstand man sich nun als Gegenspieler der Weimarer Gesellschaft, in welcher „der Rückgang christlicher Gesittung und das Vordringen materialistischer Lebensauffassungen als Symptome einer allgemeinen ‚Entchristlichung‘ wahrgenommen wurden.“ Doch machte das Zentrum die Erfahrung, dass die christliche Politik „ein Terrain war, auf dem die Gefahr des Substanzverlustes und Scheiterns groß war.“ So vermochte die Weimarer Republik dem Katholizismus zwar einen großen staatsrechtlichen Freiraum für seine Entfaltung einräumen, doch zog sie ihm als politische Gestaltungskraft enge Grenzen.¹⁵

Wie für alle deutschen Parteien - mit Ausnahme der extremen Linken - waren auch für das Zentrum der Sturz der Monarchie und die Gründung der Republik die Früchte einer bitteren und unverdient angesehenen militärischen Niederlage. Die Ablösung der Monarchie durch die Republik war für die Zentrumsanhänger ein schwerer Schock, hatte sich die Partei doch seit dem Ende der neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts in einem raschen Assimilierungsprozess an die politische Wirklichkeit des Kaiserreiches angepasst. Der Staatsbegriff des Zentrums ermöglichte es ihm allerdings, auf dem Weg von der Monarchie in die Republik seine Kontinuität und Identität zu wahren. Dieser ging zurück auf die zwischen 1881 und 1901 von Papst Leo XIII. (1878-1903) allmählich entwickelte „Staatslehre“, welche die politische Orientierung der europäischen Katholiken auf eine neue Grundlage gestellt hatte. Damit hatte der Pontifex versucht, den im Zuge der Französischen Revolution entstandenen Gegensatz zwischen der Kirche und dem Staat mit seiner modernen Gesellschaft zu überwinden. Dabei bestand er „die Unabhängigkeit beider Gewalten voneinander zu und stellte sie dadurch gleichberechtigt nebeneinander“. Der Staat wurde in naturrechtlicher Deutung „als ein sittliches Gebäude in der göttlichen Weltordnung anerkannt.“ Danach habe sich der Mensch aus seiner sozialen Natur heraus „zur staatlichen Gemeinschaft zusammengeschlossen, um das größtmögliche Wohlergehen aller zu erreichen.“¹⁶ Für das Zentrum bedeutete dies, dass die politische Mitarbeit in einem Staatswesen von der

¹⁴Vgl. ders. S. 72/73.

¹⁵Vgl. ders. S. 74/75.

¹⁶Ders. S. 76.

jeweiligen Gestaltung der Staatsform oder des Staatsregimes unabhängig ist. Den Kernpunkt der Aktivitäten sah es vielmehr darin, „das Entwicklungsfähige und Unterstützungswürdige zur Entfaltung, das Gefährliche und Zersetzende zur Ausscheidung zu bringen.“¹⁷ Die Republik ließ sich dabei wie die Monarchie mit dem Staatsbegriff Leos XIII. legitimieren, da sie Recht und Ordnung verbürgte, die mit den christlichen Sittengesetzen nicht im Widerspruch standen.

In der Zentrumsparlei hatte es daher weder eine vorherrschende monarchische Staatstheorie noch eine ausgesprochen monarchische Tradition gegeben, obwohl dort „infolge ihres Geschichtsbildes und des Hineinwachsens der Katholiken in das Kaiserreich die Monarchie als die selbstverständliche Staatsform des Reiches angesehen“ wurde.¹⁸ Der rasche Zusammenbruch des Kaiserreiches und die Einsicht, dass eine Zusammenarbeit mit den neuen politischen Kräften nur auf dem Boden der Republik möglich war, führte aber zu einem schnellen Sinneswandel. In der Folgezeit hatte das Zentrum jedoch alles vermieden, um als republikanische Partei zu erscheinen. Vielmehr erlebte der Begriff der „Verfassungspartei“ eine Renaissance. Dieser ging besonders auf die unterschiedlichen konstitutionellen Traditionen des west- und süddeutschen Katholizismus zurück und artikulierte vornehmlich das Bewusstsein, „dass das Zentrum die Verfassung im Kaiserreich als Schutz- und Machtinstrument zu handhaben gelernt hatte.“ Auf dieser Grundlage festigte sich das Vertrauen der Zentrumsanhänger in die Weimarer Verfassung aber auch dadurch, dass führende Zentrumsmitglieder die neue Verfassung entscheidend mitgeprägt hatten „und sie als prekärer Kompromiss zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft die Anarchie überwunden hatte.“ Zudem fanden sich in der Verfassung Bestimmungen, die durchaus katholischen Ordnungs- und Wertvorstellungen entsprachen. So sah man in dem Grundrechtsteil den „geistig -sittlichen Oberbau“, welcher „dem idealistischen Politikverständnis der Partei entgegenkomme.“ Ebenso positiv wurde auch die Tatsache bewertet, dass mit der neuen Verfassung die Diskriminierung von Kirche und Konfession beseitigt worden sei. Man hatte anerkannt, „dass Liberalismus und Sozialismus religions- und christentumsfeindlichen Versuchungen in Weimar nicht erlegen seien.“ Desweiteren erkannte man christliches Ideengut auch in der Wirtschafts- und Sozialordnung des neuen Staatswesens. Aus der Sicht der Zentrums-Interpreten hatte man nun eine soziale Diskriminierung und eine rechte Herrenmoral unterbunden, eine linke Klassengesellschaft verhindert und die Würde des Einzelnen im Produktionsprozess gewahrt.¹⁹ Zudem bot der Begriff der „Verfassungspartei“, mit sowohl dem „linken Parteiflügel der ‚entschiedenen Republikaner‘ wie der Parteirechten und ihren traditionalistischen Monarchisten eine gemeinsame Basis vermittelt werden konnte.“ Somit kam es während der Weimarer Republik auch nie zu einem programmatischen Bekenntnis zur Republik. Der damalige Parteivorsitzende Wilhelm Marx erklärte dazu auf dem Parteitag 1925 in Kassel: „Wir sind eine Verfassungspartei [...] wir sind keine monarchische Partei und wir sind keine republikanische Partei, aber wir halten zur Republik, weil sie in der Verfassung begründet ist, weil sie die gegebene Staatsform ist und in absehbarer Zeit nicht

¹⁷Becker, Josef: Die Deutsche Zentrumsparlei 1918-1933. S. 10.

¹⁸Ruppert, Karsten: Die Deutsche Zentrumsparlei in der Mitverantwortung für die Weimarer Republik: ... S. 78/79.

¹⁹Vgl. ders. S. 81-83.

geändert werden kann.”²⁰

Aufgrund dieser Ansichten genoss das Zentrum daher über lange Zeit hinweg den Ruf einer Weltanschauungspartei. Doch fiel bereits Zeitgenossen auf, dass es im Gegensatz zu anderen Parteien „keine Partei programmatischer Verlautbarungen war.” Dabei genossen politische Aktionen „stets den Vorrang vor staatsphilosophischer Reflexion.” Der Soester Grundsatzerklärung von 1870 kam somit über 50 Jahre der Charakter eines Parteiprogramms zu. Unter dem Druck innerparteilicher Spannungen und der bedrohlichen Kriegslage wurden jedoch am 30. Juni 1918 neue „Richtlinien für die Parteiarbeit” veröffentlicht. Mit diesen sollten einerseits der „verbreiteten Unsicherheit der Zentrumsanhänger begegnet” und andererseits „den ‚veränderten Zeitverhältnissen’ Rechnung getragen werden”.²¹ In den Richtlinien betonte das Zentrum seine „Treue zum Reich und Treue zum Heimatland”, wobei der bundesstaatliche Charakter des Deutschen Reiches bewahrt und die Länder ihre Finanz- und Kulturhoheit behalten sollten; eine starke Monarchie und „kraftvolle Volksvertretung” sollten beibehalten werden. Die Stellung Deutschlands in der Welt sollte „in politischer, kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht” gesichert und ausgebaut werden.” Dazu zählte nach den Vorstellungen des Zentrums auch die Schaffung eines genügenden Kolonialgebiets, dass den deutschen Wirtschaftsbedürfnissen genüge. Auf wirtschaftlichem Gebiet wollte man „das Privateigentum als [...] wesentliche ‚Grundlage der sozialen und wirtschaftlichen Ordnung’ erhalten.” Dabei sollten die Steuerlasten gerecht verteilt und die „minderleistungsfähigen Volkskreise” geschont werden. Ferner enthielten die Richtlinien auch spezifisch katholische Forderungen, darunter die Unabhängigkeit des Heiligen Stuhls, die Ablehnung der Trennung von Kirche und Staat, die Förderung kirchlicher Genossenschaften und Vereine, die Freiheit der Kirche, ihrer Orden und Kongregationen, die „Sicherung eines genügenden Religionsunterrichtes” und den Erhalt der konfessionellen Volksschulen. Zudem sollten die Ehe und die Familie geschützt sowie Ehescheidungen eingedämmt werden. Durch die Revolution musste die Zentrumspar- tei jedoch auf die neuen Gegebenheiten reagieren. Am 30. Dezember 1918 wandte sich der Reichsausschuss mit neuen Leitsätzen an seine Parteimitglieder, nach denen die neue Ordnung nach dem Sturz der Monarchie eine „demokratische Republik” erhalten müsse. Demnach sollte rasch eine neue Verfassung auf demokratischer Grundlage geschaffen werden, mit der auch das Verhältnis- und Frauenwahlrecht eingeführt werden sollte. Außenpolitisch strebte das Zentrum einen sofortigen Friedensschluss und die Schaffung eines Völkerbundes mit internationaler Schiedsgerichtsbarkeit an; auch die Forderung nach Kolonien wurde erneut aufgenommen. Wirtschaftlich sollte die Privatwirtschaft und das private Eigentum erhalten werden; der Passus zur Finanzpolitik wurde noch etwas verschärft.²²

Das erste umfassende Grundsatzprogramm der Partei wurde schließlich am 16. Januar 1922 in Berlin vorgelegt. Darin definierte sich das Zentrum als christliche Volkspartei, die „zielklare, christlich-nationale Politik verfolge” und mit der man „die Geschlossenheit der deutschen Stämme” als Basis

²⁰Vgl. Becker, Josef: Die Deutsche Zentrumspartei 1918-1933. S. 10.

²¹Vgl. Hehl, Ulrich von: Staatsverständnis und Strategie des politischen Katholizismus in der Weimarer Republik. In: Karl-Dietrich Bracher, Manfred Funke u. Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.): Die Weimarer Republik 1918-1933. S. 243.

²²Vgl. Hofmann, Robert: Geschichte der deutschen Parteien. S. 161/162.

für die „Weltgeltung Deutschlands“ erreichen wollte; diese „nationalen Notwendigkeiten“ waren dabei „unbedingt der Parteipolitik überzuordnen.“ Desweiteren bekannte man sich zur deutschen Volksgemeinschaft und lehnte sowohl Klassenkampf als auch Klassenherrschaft grundsätzlich ab. Schließlich wollte die Zentrumsparlei den „politischen, sozialen und kulturellen Gefahren einer Übermacht des Kapitals“ vorbeugen. Außenpolitisch distanzierte sich das Zentrum vom Versailler Friedensvertrag und forderte eine Überprüfung der Kriegsschuldfrage. Desweiteren wies man erneut auf den „unveräußerlichen Anspruch auf einen angemessenen Kolonialbesitz Deutschlands“ hin. Zu den wirtschafts- und finanzpolitischen Zielen des Zentrums gehörte vor allem eine dahingehende Gestaltung des Steuersystems, mit der „die wirtschaftlich-technische Entwicklung nicht gehemmt werde“. Das Privateigentum wurde weiterhin bejaht, doch strebte man „eine Aufsicht über Kartelle und Syndikate unter Mitsprache von Unternehmern und Arbeitern, Erzeugern und Verbrauchern erreichen.“ Katholische Forderungen traten in dem Parteiprogramm nun weitgehend in den Hintergrund. Nur im Hinblick auf die Bekenntnisschulen forderte man „Gesetzgebung und Verwaltung“ dazu auf, „in weitherziger Anwendung der Reichsverfassung [...] Raum zur Entwicklung“ zu schaffen. In der Kulturpolitik forderte die Zentrumsparlei, dass Theater, Galerien und Museen, die mit öffentlichen Mitteln ausgestattet werden, sich „in erster Linie der Pflege volkstümlicher Kunst widmen“ sollten. deren Aufgabe bestehe darin, „der Volkskultur zu dienen und nicht dem Luxusbedürfnis einer kleinen Schicht.“ Lediglich für die Presse wollte das Zentrum die „Freiheit und Unabhängigkeit“ in „jeder Richtung hin“ garantieren.²³

2.3. Organisation und Wählerschaft

Im Zeichen der Weimarer Parteiendemokratie und des neueingeführten Verhältniswahlrechts stand das Zentrum nun vor der Aufgabe, „neue Wählerschichten zu mobilisieren und zur Festigung des gelockerten Zusammenhalts sowie zur Finanzierung der parteipolitischen Arbeit eine möglichst große Zahl eingeschriebener Mitglieder zu gewinnen.“ Bereits um die Jahreswende 1918/19 stand fest, dass man den Charakter des Zentrums als politische und damit interkonfessionelle Partei nicht aufgeben wollte. Zu den führenden Persönlichkeiten, welche die Notwendigkeit einer neu aufgebauten Parteiorganisation erkannten, gehörten u.a. auch Matthias Erzberger und Heinrich Brauns, der sich „zum konsequentesten Vorkämpfer einer reichseinheitlichen demokratisch aufgebauten Parteiorganisation“ entwickelte.²⁴

Im Januar 1922 wurde für den Reichsverband des Zentrums eine Satzung beschlossen, nach der die Partei in Orts- und Kreis- bzw. Bezirksverbänden gegliedert wurde, welche wiederum in Landesverbände bzw. in Preußen in Provinzialverbänden zusammengeschlossen waren. Für jedes dieser Gremien existierten Parteiversammlungen, -vorstände und -ausschüsse. Die Wahlen zu den Vorständen dieser Gremien sollten dabei spätestens sechs Monate nach der Reichstagswahl erfolgen. Die Provin-

²³Vgl. Richtlinien der Deutschen Zentrumsparlei, Berlin, 16. Januar 1922, in: Wolfgang Treue (Hrsg.): Deutsche Parteiprogramme 1861-1956 (Quellensammlung zur Kulturgeschichte, Band 3). Göttingen, Berlin, Frankfurt/Main ²1956. S. 150-155.

²⁴Morsey, Rudolf: Die Deutsche Zentrumsparlei 1917-1923 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 32). Düsseldorf 1966. S. 584/585.

zial- bzw. Landesversammlungen hatten die Aufgabe, die Delegierten zum Reichsparteitag zu wählen. Deren Zahl richtete sich allerdings nicht nach der Zahl eingeschriebener Mitglieder, sondern nach der Höhe der Stimmen, die bei den letzten Reichstagswahlen auf das Zentrum entfallen waren. Hinzu kamen außerdem Wahlkreisverbände für jeden einzelnen Reichstagswahlkreis. Diese Verbände bestanden aus gewählten Vertrauensleuten der Orts- und Kreisverbände, aus den Mitgliedern des Vorstandes und der Ausschüsse des Landes- bzw. Provinzialverbandes, den Zentrumsabgeordneten des Landes- und Provinzialverbandes, sowie aus gewählten Vertretern der Presse, der Parteisekretariate und der regionalen Kommunalpolitischen Vereinigung; deren Aufgabe bestand vornehmlich in der Aufstellung der Kandidatenlisten. Als höchstes Parteiorgan galt der Reichsparteitag, der sich aus den gewählten Beauftragten der Landes- bzw. Provinzialverbände, den Mitgliedern des Reichsparteivorstandes und -ausschusses, den Reichstagsabgeordneten und den Vorsitzenden der Landes- bzw. Provinzialverbänden sowie der Zentrumsfraktionen in den einzelnen Landtagen zusammensetzte. Die Aufgaben des Parteitages waren die Wahl des Parteivorstandes und -ausschusses sowie über Richtlinien, Satzungen, Grundsätze usw. zu beschließen und die Umlagen festzusetzen, die von den Landes- bzw. Provinzialverbänden aufzubringen waren. Gemäß der Satzung sollten die Parteitage jährlich stattfinden, was in der Praxis jedoch nicht geschah. So fanden 1921, 1923, 1926 und 1927 keine Parteitage statt, ab 1928 verzichtete man ganz darauf; die Möglichkeit, einen außerordentlichen Parteitag abzuhalten, wurde sogar nie genutzt.²⁵

Zu den Mitgliedern des Zentrums gehörten auch die Angehörigen der sogenannten „Windhorst-Bunde“. Diese wurden 1895 in Essen gegründet und hatten sich 1900 zu einem eigenen Verband mit Sitz in Köln zusammengeschlossen. Im Jahre 1914 existierten 300 Bunde mit etwa 20.000 Mitgliedern. Nach der Revolution von 1918 entwickelten sich die Windhorst-Bunde neben den Jungzentrumvereinen und den Kettelerbunden schnell zu spezifisch politischen Jugendorganisationen ohne förmlichen Anschluss an das Zentrum. Auf dem 1. Parteitag im Jahre 1920 wurde schließlich die Eingliederung der Bunde im Rahmen der Parteiorganisation „im Interesse der Einheitlichkeit der zu leistenden Arbeit“ beschlossen.²⁶ Im Mai 1921 wurde schließlich in Fulda der Reichsverband der Deutschen Windhorstbunde gegründet. Diese betrachteten sich jedoch nicht nur als politische Jugendorganisation des Zentrums, dem sie durch das ausdrückliches Bekenntnis ihrer republikanischen Gesinnung zeitweise sogar zu weit gingen, sondern auch als politische „Lebensgemeinschaft“ und nicht als Zweckgemeinschaft. Zudem wurden in den Bunden noch immer jene großdeutschen Erinnerungen gepflegt, die in der Zentrumspartei um 1919/20 bereits verstummt waren. Besonders ausdrücklich vertraten sie auch den Gedanken einer „sozialen Republik“ einschließlich der Eingliederung der Arbeiterschaft in die Volksgemeinschaft.²⁷

Nach 1918 machte sich in der Zentrumspartei eine zunehmend gesteigerte Politisierung einzelner Berufsstände und Interessengruppen bemerkbar. Diese führte dazu, dass der 1. Parteitag 1920 die Schaffung von Beiräten für die einzelnen Berufsstände im Anschluss an die örtlichen, provinziellen und Reichsparteiinstanzen zu schaffen. Diese erhielten u.a. das Recht, Kandidatenvorschläge für die

²⁵Vgl. ders. S. 586/587.

²⁶Vgl. ders. S. 592/593.

²⁷Vgl. ders. S. 593/594.

Gemeinde-, Landtags- und Reichstagswahlen zu machen. Ferner wurde die Neugründung einer Mittelstandsvereinigung der Partei anerkannt. Schließlich sollte ein Ausschuss aus Vertretern der Landwirtschaft, der Arbeiterschaft und des Beamtentums die Möglichkeit erhalten, dem Parteivorstand praktische Vorschläge zu unterbreiten. Bis 1922 existierten schließlich berufsständische Beiräte für Handel und Industrie, Mittelstand, Arbeiterschaft, Beamte und Angestellte. Die meisten dieser Beiräte bestanden im Rheinland und in Westfalen und zählten zeitweise bis zu 150 Mitgliedern.²⁸

Trotz der Bemühungen, die organisatorischen Defizite der Partei zu beheben, gelang es der Partei aber nicht, größere Massen als Mitglieder zu gewinnen. Schätzungen zufolge lag die Mitgliederzahl bei 200.000 bis 300.000 Personen. Genau Angaben lassen sich jedoch nicht machen, da keine entsprechenden Untersuchungen dazu vorliegen. Demnach lassen sich auch über die Sozialstruktur der Wähler- und Mitgliederschaft des Zentrums keine genauen Angaben machen. Allerdings vermutet man, dass in der Partei das mittelständische Element bewog. Bedingt durch die regionalen Unterschiede ließ sich dabei eine stärkere agrarische, städtisch-kleinbürgerliche oder - dank der christlichen Gewerkschaften - „proletarische“ Färbung erkennen. Die Parteioorganisation wurde zudem vielfach von einem bürgerlich-mittelständischen Honoratiorentum dominiert. Für die Wählerschaft des Zentrums lässt sich eine durchaus analoge Sozialstruktur erkennen, wobei der protestantische Wähleranteil immer verschwindend gering blieb.²⁹ Bemerkenswert ist auch die Tatsache, dass die Frauen mit einem Stimmenanteil von 60 bis 65 Prozent deutlich überrepräsentiert waren.³⁰ Am Ausgang des Kaiserreiches basierte die Sozialpyramide des deutschen Katholizismus auf einer breiten Schicht der Industriearbeiterschaft und das Kleinbaurntum. Darauf ruhte eine ebenso breite Schicht des neuen Mittelstandes, zu dem auch der katholische Anteil des nichtakademischen Berufsbeamtentums zu rechnen war, sowie eine ebenso breite Schicht des alten Mittelstandes. Diese setzte sich innerhalb der ländlichen Bevölkerung aus Mittel- und Großbauern sowie innerhalb der städtischen Bevölkerung aus handwerklichem, kleinunternehmerischen und händlerischem Mittelstand zusammen. Auf diesem breiten Unter- und Mittelbau ruhte schließlich eine sehr dünne Schicht wirtschaftlich unabhängiger und selbstständiger mittelgroßer Unternehmer. Hinzu kam eine ebenso dünne Schicht der Akademiker im Beamtentum und in freien Berufen, zu denen in gewissem Maße auch der Klerus zu rechnen ist. An der Spitze dieser Pyramide steht schließlich der katholische Adel. In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu erwähnen, dass diese Sozialstruktur im wesentlichen auch die nationale Gesellschaft widerspiegelte, womit das Zentrum im Gegensatz zu den anderen Parteien quasi einen „politischen Mikrokosmos“ darstellte. Hieraus ergibt sich aber auch die eigentliche Existenzfrage der Zentrumspartei, nämlich das Problem der Integration aller politischen und sozialen Interessen aller Schichten des deutschen Katholizismus. Entsprechend der divergierenden Partikularinteressen war es daher sehr schwierig, einen Konsens in Partei und Wählerschaft herzustellen. Die wachsende Konfrontation mit den verschiedenen politischen Aufgaben und damit der zunehmenden innerparteilichen Politisierung entsprach somit einem rapiden „Schwund an innerer Kohärenz.“³¹

²⁸Vgl. ders. S. 596.

²⁹Vgl. Becker, Josef: Die Deutsche Zentrumspartei 1918-1933. S. 6.

³⁰Vgl. Hofmann, Robert: Geschichte der deutschen Parteien. S. 164.

³¹Vgl. Becker, Josef: Die Deutsche Zentrumspartei 1918-1933. S. 6/7.

Von besonderer politischer Bedeutung bezüglich des Wahlverhaltens war allerdings auch die Konfession. So erlangte das Zentrum bereits als „politischer Aktionsausschuss“ der Katholiken in vornehmlich protestantischen Gebieten keine Bedeutung, doch erwies es sich in überwiegend katholischen Wahlkreisen als sichere Mehrheitspartei. Durch das geänderte Wahlrechtssystem und die Einführung des Frauenwahlrechts blieb die Dominanz des Zentrums in Gebieten mit katholischer Bevölkerungsmehrheit allerdings auch in der Weimarer Republik vorhanden, wobei es andere Parteien eher schwer hatten, in diesen Gebieten überdurchschnittliche Wahlerfolge zu erzielen. Insgesamt zeigten die BVP und das Zentrum daher eine bemerkenswerte Stabilität, hatte doch keine andere Partei in der Weimarer Republik so geringe Schwankungen der Wähleranteile zu verzeichnen, wie die beiden katholischen Schwesterparteien.³² Diese Stabilität des „Zentrumssturms“ wird zudem durch die relativ starke Immunität der meisten katholischen Regionen gegenüber dem Nationalsozialismus illustriert, die bis 1933 anhielt. Demnach tat sich NSDAP in den Kreisen mit katholischer Bevölkerungsmehrheit erheblich schwerer als in protestantischen Regionen. Vor allem ab den Reichstagswahlen des Jahres 1930 gilt die eherne Regel, dass der Prozentsatz der NSDAP-Wähler in evangelisch geprägten Wahlkreisen viel höher ausfiel als in Kreisen mit einem höheren Katholikenanteil. So gelang es der NSDAP zwischen 1928 und 1932 ihren Wähleranteil in rein protestantischen Wahlkreisen um rund 41 Prozentpunkte zu steigern; in überwiegend katholischen Gebieten betrug dieser Anstieg allerdings nur etwa 16 Prozentpunkte. Selbst bei den Reichstagswahlen am 05. März 1933 war der Unterschied zwischen den protestantischen Hochburgen mit über 50 Prozent der Stimmen zugunsten der NSDAP und den katholischen Gebieten mit „nur“ 30 Prozent immer noch recht beträchtlich.³³

2.4. Die Rolle des Zentrums in der ersten deutschen Republik

In der Zeit der Weimarer Republik war das Zentrum die klassische Mittelpartei. Von 1919 bis 1932 bildete es das Scharnier aller praktikabel denkbaren parteipolitischen Koalitionen und gewann aufgrund dieser parlamentarischen Schlüsselstellung mit zwei Dritteln aller Reichsminister und 9 von 20 Reichskanzlern eine äußerst starke Repräsentanz in allen Weimarer Reichskabinetten. Zudem war für das Zentrum jede parteipolitische Koalition möglich, von der SPD auf der Linken bis zur DNVP auf der Rechten, zeitweise sogar auch mit der NSDAP. Das Leitbild war dabei die Idee der Volksgemeinschaft als Gegenbild zur Klassengesellschaft und zum Obrigkeitsstaat.

Die Revolutionsereignisse hatten das Zentrum zunächst völlig überrollt. So kam es zu keiner zentral geplanten und gesteuerten Aktion der Partei auf Reichsebene. Vielmehr entzündete sich nun eine Diskussion um die Frage, wie die bisherige politische Arbeit fortgesetzt werden sollte. Dabei forderten die unterschiedlichsten Parteikreise, dass man dem traditionellen Parteinamen „Zentrum“ einige Zusätze hinzufügen sollte, um damit eine andere Akzentuierung vorzunehmen, meist auch vor dem Hintergrund, einen Versuch zu tatsächlicher Interkonfessionalität vorzunehmen. Mit den verschiedenen Vorschlägen versuchte man durch einen politischen Stellungswechsel die Anziehungskraft des Katholizismus zu erhöhen oder sich dadurch neue Bundesgenossen zu suchen. Wie man aber bei einer politischen Akzentverschiebung, wie etwa in Richtung eines ständischen Konzeptes oder einer christlich-

³²Vgl. Falter, Jürgen W.: Hitlers Wähler. München 1991. S. 169/171/172.

³³Vgl. ders. S. 176/177.

demokratischen bzw. christlich-sozialen Bewegung, die immer noch breite Integrationskraft des Zentrums genutzt werden könnte, war in diesen Vorschlägen nicht erkennbar, so dass die Stimmung bald wieder zur Beibehaltung des alten Namens umschlug.³⁴

In der Weimarer Republik erlitt der deutsche Katholizismus, der im Zentrum bisher verhältnismäßig geschlossen organisiert war, auf verschiedene Weise eine Schwächung. Bereits wenige Tage nach dem Ausbruch der Revolution kam es zur Abspaltung des bayerischen Zentrums, an dessen Stelle nun die Bayerische Volkspartei (BVP) trat. Dies bedeutete, dass die besonderen agrarischen und föderalistischen Interessen des bayerischen Katholizismus nicht mehr durch die Einbindung in das Zentrum und dessen allgemeine Politik integriert werden konnte und somit zu einem erheblich rechteren Kurs der BVP geführt hatte. Besonders eklatant wurde die Abspaltung der BVP vom Zentrum bei der Reichspräsidentenwahl 1925, als die BVP-Wähler den entscheidenden Ausschlag für die Wahl Paul von Hindenburgs und damit gegen den Zentrums kandidaten Wilhelm Marx gaben. Eine weitere Schwächung des Zentrums bedeutete zudem die Etablierung einer linkskatholischen christlich-sozialen Partei unter Vitus Heller, die aber ohne nennenswerten Erfolg blieb, sowie die Sammlung der rechtskatholischen Kreise im Reichskatholikenausschuss der DNVP. Die politische Tätigkeit dieses Ausschusses richtete sich besonders gegen das Zentrum und seinen Anspruch, die einzige politische Vertretung des deutschen Katholizismus zu sein. Diesen Anspruch sah der Ausschuss durch die Zuwendung zur Republik und der Zusammenarbeit mit den Linksparteien als hinfällig an. In der Folgezeit konnte die DNVP etwa 6 Prozent bis 8 Prozent der katholischen Wähler binden, ohne dass ihr aber ein entscheidender Einbruch in die Zentrums wä hlerschaft gelungen wäre. Diese Abspaltungen fielen umso stärker ins Gewicht, als dass der langsame Schwund von Wählerstimmen, den das Zentrum bereits im Kaiserreich zu verzeichnen hatte, nun auch in der Weimarer Republik anhielt. Erhielt die Partei bei den Wahlen im Jahre 1912 noch 22,5 Prozent der Mandate, waren es 1920 noch 13,6 Prozent und 1932 nur 11,6 Prozent. Von dieser Abwanderung profitierten aber stärker die Links- und weniger die Rechtsparteien; zudem kann man davon ausgehen, dass das Zentrum die Jungwähler nicht in dem gleichen Maße aktivieren konnte, wie die extremen Parteien.³⁵

Neben den zahlreichen Schwachpunkten der Zentrums partei muss aber auch hervorgehoben werden, dass sie noch immer die führende politische Vertretung des deutschen Katholizismus darstellte und sie bis zum Untergang der Weimarer Republik für das Funktionieren des parlamentarischen Systems eintrat. Zudem lag es im Selbsterhaltungsinteresse der Partei, sich entsprechend der verschiedenen Strömungen im Innern grundsätzlich alle Koalitionsmöglichkeiten sowohl nach links als auch nach rechts offen zu halten und sie sich daher immer bemühte, „ein möglichst breites Parteienspektrum in die jeweilige Koalition einzubinden, denn dadurch konnte es die zentrifugalen Kräfte in seinem Innern einschränken.“³⁶ Eine umfassende Integrationskraft konnte die Republik allerdings nicht auf die Katholiken ausüben, sah man einen Teil ihrer Verfassungsordnung immer noch zur Disposition gestellt.³⁷

³⁴Vgl. Lönne, Karl-Egon: Politischer Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert. S. 219/220.

³⁵Vgl. ders. S. 222-224.

³⁶Ders. S. 228/229.

³⁷Vgl. ders. S. 230.

In diesem Zusammenhang ist nun auch die Haltung des deutschen Katholizismus zum Nationalsozialismus Anfang der dreißiger Jahre zu sehen. Allgemeine Beachtung fand die NSDAP nach den Reichstagswahlen von 1930, bei der sie 18,3 Prozent der abgegebenen Stimmen erhielt und damit noch vor dem Zentrum und der BVP mit insgesamt 14,8 Prozent der Stimmen lag.³⁸ Über eine prinzipielle Gegnerschaft zwischen dem Zentrums bzw. der BVP und der NSDAP gibt es keine Zweifel. Einzelne Zentrumsmitglieder hielten allerdings eine partielle Zusammenarbeit im Rahmen einer betont nationalen Politik für möglich und durchaus wünschenswert, da sie davon ausgingen, dass die Nationalsozialisten in einer solchen Koalition durch Abnutzung und Zähmung schon bald an Einfluss verlieren würden. Diese eklatante Unterschätzung der Gefährlichkeit der NSDAP teilte das Zentrum jedoch mit den übrigen politischen Kräften. Allerdings stand auch die kirchliche Hierarchie dem Nationalsozialismus ablehnend gegenüber. Bereits im September 1930 wurde allen Katholiken unter der Androhung von Sanktionen die Mitgliedschaft in der NSDAP verboten, da die nationalsozialistische Rassenlehre mit dem Gebot der christlichen Nächstenliebe unvereinbar sei. Zudem kritisierte man die Angriffe prominenter NS-Politiker gegen die katholische Kirche und deren Eintreten für eine Nationalkirche. Trotz des Verbotes befand sich unter der Wählerschaft der NSDAP ein durchaus beachtlicher Teil von Katholiken, auch wenn diese gegenüber ihrem Bevölkerungsanteil noch stark unterrepräsentiert blieben. Daraus ergibt sich durchaus der Eindruck, dass die meisten kirchlich und parteipolitisch gebundenen Katholiken gegenüber dem Nationalsozialismus resistent blieben, ihn aber nicht zwangsläufig ablehnten. So war die NSDAP aus der Sicht des Zentrums und der BVP ein möglicher Partner und zugleich ein nicht unbedingt abgelehnter politischer Konkurrent. Desweiteren ergaben sich aus den nationalen Parolen und der Frontstellung gegenüber dem Kommunismus durchaus Möglichkeiten zur Annäherung zwischen beiden Parteien bis hin zu einer partiellen Zusammenarbeit, wenn es die politische Situation nahe legte.³⁹ Doch konnte das Zentrum den Aufstieg des Nationalsozialismus nicht verhindern. Der Machtantritt Adolf Hitlers vollzog sich vielmehr mit den traditionellen Kräften in Wirtschaft und Gesellschaft, der von der DNVP und der NSDAP unterstützt wurde. Das Zentrum wurde dabei aus diesem Prozess ausgeschlossen, gelang es ihm gemäß seines eigenen Zähmungskonzeptes nicht, die nationalsozialistische Regierungstätigkeit an die eigene Regierungsarbeit zu knüpfen. Mit der Zustimmung zum „Ermächtigungsgesetz“ vom 24. März 1933 setzte sich das Zentrum schließlich selbst ein Ende. Dabei spielten zahlreiche Faktoren eine Rolle, wie die Scheu vor einer demonstrativen Kampfansage gegen die neue Regierung oder die Befürchtung, dass Hitler bei einer Ablehnung des Gesetzes seine Ziele gewaltsam durchsetzen würde. Nach den Wahlen vom 05. März 1933 schlug im Zentrum zudem ein deutlich resignativer Trend durch, sich dem Regierungskurs immer mehr anzupassen, nicht zuletzt auch durch den Druck auf die Zentrumsanhänger in der Beamtenschaft, die bereits vielfältigen Schikanen, wie z.B. Entlassung, ausgesetzt waren.⁴⁰ Am 05. Mai 1933 löste sich das Zentrum schließlich selbst auf.

³⁸Vgl. ders. S. 231.

³⁹Vgl. ders. 234/235.

⁴⁰Vgl. ders. S. 236/237.

3. Die deutsche Sozialdemokratie

3.1. Der Aufstieg der Sozialdemokratie im Kaiserreich

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist ohne Zweifel eine Partei, deren Gehalt sich durch die Revolutionsereignisse des Jahres 1918 am nachhaltigsten gewandelt hat. Mit der SPD wurde aus einer Gruppe, die im Kaiserreich von der politischen Arbeit ausgeschlossen wurde, eine verantwortliche und politisch ausschlaggebende Kraft in der Weimarer Republik.⁴¹ Die ersten Ansätze einer politischen und sozialen Arbeiterorganisation in Deutschland hatten sich um 1860 im entstehenden Vereinswesen der verschiedenen Richtungen des Liberalismus gebildet. Im Jahre 1865 existierten auf dem deutschen Reichsgebiet bereits 100 Arbeiterbildungsvereine. Diese befassten sich neben politischen und sozialen Problemen der Arbeiter vor allem auch mit allgemeinen Bildungsfragen und beruflich verwertbarer Qualifikation.

Die erste eigenständige und politisch bedeutende Vereinigung war der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV), der sich 1863 konstituiert hatte. Im Programm des ADAV wurden folgende politische Ziele festgehalten: die Einigung Deutschlands unter der Führung Preußens und die Schaffung eines „einheitlichen und freien Volkstaates“; die Ermöglichung einer gerechten Verteilung der produzierten Güter durch eine „neue Produktionsweise“; die Gründung von Produktionsgemeinschaften der Arbeiter mit materieller Unterstützung des Staates; Aufklärung der Arbeiter über deren Klassenlage und die anzustrebenden Ziele; das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht, sowie die strikte politische und organisatorische Trennung der Arbeiterbewegung und des Bürgertums. Im Jahre 1873 differenzierte der ADAV in einem „Programm der deutschen Arbeiter für die nächsten Reichstagswahlen“ seine Forderungen. Darin lehnte er den Föderalismus ab, wobei die einzelnen Staaten, darunter auch Österreich, in Deutschland aufgehen sollten. Zudem forderte man nun die Gründung von Gesamtschulen, die Verstaatlichung des gesamten öffentlichen Verkehrswesens, eine umfassende Arbeitsschutzgesetzgebung und die Ächtung von Eroberungskriegen. Zum ersten Präsidenten des ADAV wurde der Anwalt und Publizist Ferdinand Lassalle gewählt. Sein von ihm initiiertes Parteistatut betonte dabei starke zentralistische Führungsprinzipien und verzichtete weitgehend auf innerparteiliche Demokratie.⁴²

Im August 1869 wurde in Eisenach die Sozialistische Arbeiterpartei (SDAP) gegründet. Deren politisches Programm unterschied sich zwar kaum von den Zielen des ADAV, doch hielt die SDAP Bündnisse mit dem liberal-demokratischen Teil des Bürgertums für möglich und nötig; zudem waren sie erbitterte Gegner der Politik Bismarcks und der nationalen Einheit unter preußischer Führung.

⁴¹Vgl. Neumann, Sigmund: Die politischen Parteien in der Weimarer Republik. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1973. S. 28.

⁴²Vgl. Hofmann, Robert: Geschichte der deutschen Parteien. S. 64/65.

Zentrale Ziele der SDAP waren die direkte Gesetzgebung durch das Volk, die Aufhebung aller Vorrechte des Standes, des Besitzes, der Geburt und der Konfession, die Trennung von Kirche und Staat, die Schulpflicht, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Verbot von Kinder- und die Einschränkung der Frauenarbeit, die Abschaffung aller Presse-, Vereins- und Koalitions-gesetze, sowie die Abschaffung aller indirekten Steuern.⁴³

Die verschärften politischen Repressionen gegen die Arbeiterparteien nach der Reichsgründung führten schließlich 1875 in Gotha zur Vereinigung des ADAV und der SDAP zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands. Im Programm der neuen Partei „wurde die Arbeit als die Quelle allen Reichtums bezeichnet“; des weiteren forderte man die Umwandlung der Arbeitsmittel als „Monopol der Kapitalistenklasse“ in Gemeingut und strebte „mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft“. Die Organisationsstrukturen der neuen Arbeiterpartei entsprachen zudem weitgehend den Prinzipien einer modernen demokratischen Partei.⁴⁴

In der Folgezeit konnte die deutsche Sozialdemokratie einen starken Aufwärtstrend verbuchen, den auch die staatlichen Repressionsmaßnahmen im Zuge der Sozialistengesetze, die alle Parteiorganisationen und sozialdemokratischen Gewerkschaften verboten, nicht verhindern konnten. Allerdings konnte die deutsche Sozialdemokratie nicht nur ihren Wähleranteil zu vergrößern, sondern auch - trotz der Bedingungen der Illegalität - die Mitgliederzahlen drastisch zu erhöhen. Hatte die Partei 1877 noch rund 50.000 Mitglieder, so waren es 1890 bereits 240.000.⁴⁵ Nach der Aufhebung der Sozialistengesetze verabschiedete der SPD-Parteitag 1891 in Erfurt ein neues Grundsatzprogramm („Erfurter Programm“), das u.a. folgende Forderungen beinhaltete: das allgemeine, direkte und gleiche, sowie Frauen- und Verhältniswahlrecht, eine direkte Gesetzgebung, die Selbstbestimmung und -verwaltung auf allen Ebenen, die Meinungs- und Versammlungsfreiheit, die Gleichberechtigung der Frau und das Verbot von Kinderarbeit.⁴⁶ Die Entwicklung der SPD zur Massenpartei hatte jedoch auch innere Spannungen zur Folge, insbesondere „über die Strategie und Taktik des politischen Kampfes, über das Verhältnis von Theorie und Praxis, über den Stellenwert der Reformarbeit und ihr Verhältnis zum sozialistischen Endziel.“⁴⁷ Durch die Kriegereignisse verschärften sich die innerparteilichen Spannungen weiter und führten schließlich 1916 zur Abspaltung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD) von der Mehrheitssozialdemokratie (MSPD), womit sich vor allem die Ablehnung der Kriegskredite und damit der Kriegspolitik überhaupt verband. Darüber hinaus klafften jedoch auch bei der USPD besonders starke Gegensätze zwischen Gemäßigten und Radikalen, zwischen Pazifisten und radikalen Sozialisten. Mit dem Friedensschluss von 1918 war es allerdings nur noch eine Frage der Zeit, bis der rechte USPD-Flügel zur MSPD zurückdrängte und sich der linke Flügel der KPD anschließen sollte.⁴⁸

⁴³Vgl. Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, Eisenach, 08. August 1869, in: Wolfgang Treue (Hrsg): Deutsche Parteiprogramme 1861-1956. S. 59/60-

⁴⁴Vgl. ders. S. 68/69.

⁴⁵Vgl. ders. S. 70.

⁴⁶Vgl. ders. S. 71/72.

⁴⁷Ders. S. 78.

⁴⁸Vgl. Neumann, Sigmund: Die Parteien in der Weimarer Republik. S. 29.

3.2. Programmatik

Durch die Veränderungen in Deutschland musste nun auch die SPD den neuen innenpolitischen Verhältnissen Rechnung tragen. Im September 1921 verabschiedete der Parteitag in Görlitz ein neues Programm, das ganz in der Traditionslinie des Erfurter Programms stand. Dabei fanden sich volksparteiliche Tendenzen nur noch in der Einleitung, wo sich die SPD als „Partei des arbeitenden Volkes in Stadt und Land“ darstellte. Durch die wirtschaftlichen Ungleichheiten sei der Klassenkampf somit „zur geschichtlichen Notwendigkeit und zur sittlichen Forderung gemacht.“ Durch den Weltkrieg hätten sich diese Tendenzen noch verstärkt, so dass die gesamte kapitalistische Wirtschaft nun in eine sozialistische Wirtschaft umgeformt werden müsse. Als zentrale Ziele forderte man u.a. die Vergesellschaftung von Grund und Boden, die Vergrößerung des öffentlichen Eigentums, sowie die Förderung des Genossenschaftswesens. Zudem wurden neue sozialpolitische Forderungen, wie z.B. Urlaub mit Lohnfortzahlung, aufgenommen. Desweiteren bekannte sich die SPD ausdrücklich zur „Sicherung der demokratischen Republik“ und der „Festigung der Reichseinheit“; die staatlichen Einrichtungen sollten demokratisiert und das Justizsystem reformiert werden. In der Kulturpolitik forderte die SPD eine Erziehung der Jugend „zu den Idealen der Republik, der sozialen Pflichterfüllung und des Weltfriedens“. Außenpolitisch sprach man sich für eine konstruktive Friedenspolitik im Völkerbund aus und forderte eine „Revision des Friedensvertrages von Versailles im Sinne wirtschaftlicher Erleichterung und Anerkennung des nationalen Lebensrechts“.⁴⁹

Nach der Vereinigung der MSPD mit der USPD wurde auf dem Parteitag im September 1925 in Heidelberg ein neues Grundsatzprogramm verabschiedet, worin die Partei erneut ihr marxistisches Geschichtsbild und ihre sozialistischen Ziele darlegte. Darin bekannte man sich ausdrücklich zu einer „demokratischen Politik“ und forderte die Umwandlung des Reiches „in eine Einheitsrepublik auf Grundlage der dezentralen Selbstverwaltung“ mit einer „starken Reichsgewalt“. Dabei sollten alle „monarchistischen und militaristischen Bestrebungen“ abgewehrt, die Reichswehr „zu einem zuverlässigen Organ der Republik“ umgewandelt und durch eine „Demokratisierung der Verwaltung“ sollten die Relikte des Obrigkeitsstaates beseitigt werden. Die wirtschaftlichen Forderungen der SPD beschränkten sich nun auf eine staatliche Kontrolle über kapitalistische Großbetriebe und eine Ausweitung der Mitbestimmung. Außenpolitisch wurde die Forderung nach einer Revision des Versailler Vertrages nicht mehr aufgenommen, doch distanzierte man sich klar von einer Kolonialpolitik und forderte nun eine europäische wirtschaftliche Integration.⁵⁰

3.3. Organisation, Mitgliedschaft und Wähler

Nach der Aufhebung der Sozialistengesetze gab sich die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands im Oktober 1890 auf dem Parteitag in Halle ein neues Statut und bezeichnete sich nun als Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD). Oberstes Gremium war der jährlich stattfindende Parteitag, zu dem die einzelnen Wahlkreise bis zu drei Delegierte entsandten. Der Parteitag wählte eine zwölf-

⁴⁹Vgl. Programm der Sozialdemokratischen Partei, Görlitz, 23. September 1921, in: Wolfgang Treue (Hrsg.): Deutsche Parteiprogramme 1861-1956. S. 101-106.

⁵⁰Vgl. Programm der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei, Heidelberg, 18. September 1925, in: Wolfgang Treue (Hrsg.): Deutsche Parteiprogramme 1861-1956. S. 106-110.

köpfige Parteileitung, die neben dem Vorstand noch aus sieben „Kontrolleuren“ bestand. Nach dem Parteitag wählte jeder Reichstagswahlkreis einen oder mehrere Vertrauensleute, welche den Kontakt zwischen Parteileitung und Basis herstellen sollten. Im Jahre 1900 wurde auf dem Mainzer Parteitag ein neues Parteistatut erlassen, das aber nur marginale Änderungen, wie u.a. die Verkleinerung des Vorstandes auf sieben Mitglieder, enthielt. Zudem war es den Untergliederung nun freigestellt, das System der Vertrauensleute abzuschaffen. Parallel zur Reichspartei hatten sich in den Ländern sozialdemokratische Einzelparteien gebildet, welche föderalistisch tätig waren und eigene Parteitage durchführten. Erst mit dem Jenaer Parteistatut von 1905 wurde auch die Parteibasis neugegliedert. Demnach sollten in allen Reichstagswahlkreisen sozialdemokratische Vereine, in den Ortschaften ferner Ortsvereine gegründet werden. Diese sollten wiederum in Bezirks- und Landesverbände zusammengeschlossen werden. Mit dem Reichsvereinsgesetz von 1908 wurde zudem nun auch den Frauen gestattet, sich politisch zu organisieren. Im neuen SPD-Parteistatut von 1912 wurde erstmals sogar eine Quotierung festgelegt. Desweiteren hatte der Bremer Parteitag von 1904 beschlossen, verstärkt hauptamtliche Parteisekretäre einzustellen, was langfristig zu einer Bürokratisierung der Partei führte.⁵¹ In der Weimarer Republik hatte man die Organisationsstrukturen aus dem Kaiserreich unverändert übernommen. Die innerparteiliche Demokratie wurde faktisch aber durch eine streng hierarchische Führung in ihrer Wirkungsweise eingeschränkt. Die Führungspersönlichkeiten waren in der Regel wenig brillante Parteibürokraten, die meist aus Facharbeiter- oder Handwerkskreisen stammten.⁵²

Die Jugendorganisationen der SPD war die Sozialistische Arbeiterjugend Deutschlands (SAJ). Die SAJ wurde 1922 durch den Zusammenschluss des Verbandes der Arbeiterjugend-Vereine der MSPD und der Sozialistischen Proletarier-Jugend der USPD gegründet und durch die Richtlinien des Weimarer Parteitages von 1919 eng an die Partei gebunden. Doch entwickelte die SAJ bereits früh ein eigenes politisches Profil. Dabei galt der Sozialismus als Kulturauftrag und weniger als Wirtschaftssystem. Demnach entsprach es dem „Geist von Weimar“, „einem kulturellen Patriotismus zu huldigen und die Arbeiterjugend zur Erbin des deutschen Idealismus zu erklären.“⁵³ Neben der SAJ bildeten sich zudem nach der Revolution spontan Gruppen von „Jungsozialisten“. Zu diesen zählten besonders die typischen „Novembersozialisten“, d.h. Akademiker aus dem bürgerlichen Milieu, die erst während des Krieges oder der Revolution die „soziale Frage“ entdeckt hatten.⁵⁴ Doch blieben die Jungsozialisten eine lose Gemeinschaft mit eher lockeren Bindungen an die SPD.

Betrachtet man sich die Sozialstruktur der SPD-Mitglieder in der Weimarer Zeit genauer, so kann man feststellen, dass sie im Gegensatz zum Zentrum „keine soziale Querschnittspartei“ darstellte, „da sie die soziale Zusammensetzung des deutschen Volkes in ihrer Mitgliedschaft nicht spiegelte“ und blieb im wesentlichen eine Arbeiterpartei. Nach einer Untersuchung in den 393 Ortsvereinen aus dem Jahre 1930 kamen am Ende der Weimarer Republik 59,49 Prozent aus der Arbeiterschaft. Lediglich 13,97 Prozent waren Angestellte und Beamte und nur 4,17 Prozent der SPD-Mitglieder waren Land-

⁵¹Vgl. Hofmann, Robert: Geschichte der deutschen Parteien. S. 77/78.

⁵²Vgl. ders. S. 141/142.

⁵³Winkler, Heinrich August: Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924-1930. (Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts). Berlin, Bonn ²1988. S. 362.

⁵⁴Vgl. ders. S. 365.

wirte und Selbstständige.⁵⁵ Allerdings hatte die SPD zumindest zeitweise versucht, sich von einer reinen Proletarierorganisationen zu einer modernen Arbeitnehmer- und Volkspartei zu wandeln. Dabei gingen die ersten Anstöße zur Überwindung des industriepolitischen Charakters eindeutig vom rechten Parteiflügel aus. Bereits kurz nach der Jahrhundertwende beklagten sich führende Sozialdemokraten wie Paul Göhre und Eduard David, „dass die SPD über den Tellerrand der industriepolitischen Basis nicht hinausschaut.“ In diese Fußstapfen trat später auch die „junge Rechte“ der Jungsozialisten, die für eine neue linke Volkspartei focht und sich für den Abschied von den alten ideologischen Dogmen der Marxisten stark machte.⁵⁶ Dabei bemühte sich die SPD besonders in den Anfangsjahren der Weimarer Republik auch um andere soziale Gruppierungen, wobei sie vor allem bei der Industriearbeiterschaft die größten Erfolge erzielt hatte, war sich die Sozialdemokratie doch schon früh über die wachsende Relevanz der Angestelltenschichten für die innere Zusammensetzung der Arbeiterschaft bewusst. Besonders in den ersten Monaten des Jahres 1919 schenkte die SPD den Angestellten große Aufmerksamkeit und bildete daher örtliche Werbeausschüsse, die sich vor allem an die technischen Angestellten wandten. Zunächst zeigten diese Appelle eine durchaus positive Wirkung, doch verzichtete die Parteiführung in der Folgezeit auf eigene organisatorische Anstrengungen zur Vertretung der Angestellten. Zudem bestanden zwischen der Industriearbeiterschaft und großen Teilen der Angestellten auch weiterhin große Unterschiede in der Herkunft, der Vorbildung, des Habitus, den Lebensgewohnheiten, den Arbeitsbedingungen und der Rechtslage.⁵⁷

Ähnliche Erfahrungen machte man auch mit dem Beamtentum. So strömten in den revolutionären Monaten 1918/19 große Scharen aus dem Beamtenstand in die Partei. Das Gros der Beamten blieb aber weiterhin den ständischen Denk- und Verhaltensweisen verhaftet und sah auf die sozialdemokratische Arbeiterschaft mit wachsenden Ressentiments herab. Zudem machte sich auch bei den linksorientierten Beamten letztlich eine tiefe Enttäuschung über die SPD breit, gelang es ihr doch nicht, die angestrebte Verwaltungsreform und Demokratisierung des Staatsapparates zu realisieren. Die Kluft, die sich nach 1919 zwischen den Sozialdemokraten und großen Teilen des Beamtentums auftat, konnte bis zum Untergang der Weimarer Republik nicht mehr geschlossen werden.⁵⁸ Doch auch bei den Künstlern, Wissenschaftlern und Schriftstellern konnte die SPD trotz gewisser Sympathien in den Jahren 1918/19 keinen Anklang finden, konnten diese doch mit dem „kleinbürgerlichen Habitus“ nichts anfangen. Zudem vermuteten viele Sozialdemokraten hinter dem plötzlichen Enthusiasmus der Intellektuellen „weniger edle Motive denn opportunistische Beweggründe.“⁵⁹ Ebenso wenig kümmerte man sich auch um den selbstständigen Mittelstand. Die Mehrheit der Weimarer Sozialdemokraten hielt dabei immer noch an den alten marxistischen Denkmustern fest und „hielt den selbstständigen Mittelstand für ökonomisch unnützlich und anachronistisch.“⁶⁰ Vielmehr zeigte man nun ein großes Interesse an der Landbevölkerung. Auch zahlreiche Landarbeiter strömten nun in die SPD, die besonders

⁵⁵Vgl. Lösche, Peter u. Franz Walter: Die SPD: Klassenpartei - Volkspartei - Quotenpartei. Zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung. Darmstadt 1992. S. 16.

⁵⁶Vgl. ders. S. 22/23.

⁵⁷Vgl. ders. S. 33.

⁵⁸Vgl. ders. S. 37.

⁵⁹Vgl. ders. S. 41.

⁶⁰Ders. S. 53.

1919 entgegen aller Parteitraditionen die stärksten Mitgliederzuwächse in einigen ländlichen Gebieten verbuchen konnte. Um allerdings wirklich eine mehrheitsfähige Volkspartei zu werden, hätte die SPD ihren Einfluss vor allem auch auf die katholischen Reichsgebiete ausdehnen müssen. So demonstrierte die Parteiführung zwar Toleranz gegenüber den Katholiken, in der Basis wurde jedoch „eine freideckerische Lebensart und Symbolik bevorzugt“, so dass man hohe Mauern gegenüber dem christlichen Lager errichtete.⁶¹ Trotz des letztlich fehlgeschlagenen Versuchs, die SPD zu einer modernen Volkspartei zu machen, war die Arbeiterschaft trotz eines rückläufigen Anteils immer noch deutlich überrepräsentiert. Doch gelang es der Partei zwischen 1918 und 1931 die Mitgliederzahl von anfangs 250.000 auf schließlich 1 Million zu steigern, wovon ca. 80 Prozent gewerkschaftlich organisiert war. Der Frauenanteil betrug dabei 1931 rund 23 Prozent, doch schien die Partei am Ende der Republik deutlich überaltert, waren doch nur 7,8 Prozent der Mitglieder jünger als 25 Jahre.⁶²

Noch mehr Aufschluss über die Schwierigkeiten der SPD, sich von einer Organisation des Arbeitermilieus zu einer modernen Arbeitnehmer- oder gar linken Volkspartei weiterzuentwickeln, zeigt die Sozialstruktur der sozialdemokratischen Wählerschaft. Demnach wurde die SPD vor allem von industriellen Arbeitern in mittleren und größeren Städten mit überwiegend protestantischer Konfession gewählt. Doch konnte man sich nie auf die protestantische Arbeiterschaft im ganzen verlassen, gab es doch immer wieder Wanderungsbewegungen zur nationalistischen Rechten, wie der DNVP, oder der weiter links orientierten USPD und KPD. Außerdem gelangen der SPD keine nennenswerten Einbrüche in das Milieu der katholischen Arbeiterschaft, die sich entweder unerschütterlich mit den Zielen des Zentrums identifizierte, oder - falls sie sich doch zu klassenkämpferischen Parolen durchrang - gleich zur KPD überschwenkte. Erfolgreicher schnitt die SPD allerdings vor allem in den zwanziger Jahren in urbanen Wohngebieten mit einer hohen Angestellten- und Beamtendichte ab, auch wenn diese keine festen emotionalen und ideologischen Bindungen an die sozialistische Lebenswelt besaßen. In den dreißiger Jahren konnte die SPD zudem nennenswerte Erfolge in den Mittelschichten verzeichnen. So erhielten die Sozialdemokraten am Ende der Weimarer Republik sogar mehr Stimmen in der Schicht der Angestellten und Beamten als aus der Arbeiterschaft. Lediglich im selbstständigen Mittelstand und bei den Bauern war die SPD nur wenig erfolgreich, hatten dort die Ressentiments und Gegensätze gegenüber der Sozialdemokratie das Kaiserreich und die Revolution überdauert und in der Weimarer Republik sogar noch verschärft. Zusammenfassend betrachtet war die Weimarer SPD in bezug auf ihre Wählerschaft noch weit von einer Volkspartei entfernt, „aber sie kam ihr am Ende der Republik allmählich nahe.“⁶³

3.4. Die Sozialdemokratie in Weimar

Nach einem halben Jahrhundert in der Opposition während des Kaiserreiches befand sich die SPD nun nach der Revolution in der Regierungsverantwortung, allerdings war diese durch Abspaltungen merklich geschwächt. Während die KPD in den Anfangsjahren der Weimarer Republik keine ernstzunehmende Größe darstellte, entwickelte sich die USPD schnell zu einer Massenpartei des linken

⁶¹Ders. S. 56.

⁶²Vgl. Hofmann, Robert: Geschichte der deutschen Parteien. S. 141.

⁶³Vgl. Lösche, Peter u. Franz Walter: Die SPD: Klassenpartei - Volkspartei - Quotenpartei. ... S. 18/19.

Spektrums und stellte somit eine ernsthafte Konkurrenz für die MSPD dar. Dabei hatte die USPD vor allem in Berlin, den Industriezentren Mitteldeutschlands und in Teilen Hessens und des Niederrheines die Organisationsstrukturen der SPD übernommen; zudem verfügte sie über eine außergewöhnlich heterogene Parteibasis. Die Gründe für die Abspaltung der USPD sind recht vielfältig; dabei sind vor allem der Einfluss der jeweiligen Reichstagsabgeordneten, die Stellung der lokalen Parteiorganisation und ihrer Funktionäre in den Flügelkämpfen vor dem Ersten Weltkrieg, die Haltung der lokalen Parteipresse und der Grad der Industrialisierung in den einzelnen Gebieten, besonders aber die Auswirkungen der Kriegswirtschaft auf die Struktur der Arbeiterschaft zu nennen. Nach dem Friedensschluss von 1918 zerfiel jedoch das einigende Band der Opposition gegen den Krieg und machte nun die von Anfang an bestehenden innerparteilichen Differenzen zwischen den meist orthodox marxistischen Zentristen, die stärker mit den alten SPD-Traditionen verbunden waren, den Pazifisten, die den Rückweg in eine vereinigte Arbeiterpartei suchten, sowie dem alten linken SPD-Flügel und neuen radikalen Kräften deutlich.⁶⁴ Zudem hatte das Ausscheiden der USPD aus dem Rat der Volksbeauftragten Ende Dezember 1918 sowie die blutige Niederschlagung des Spartakus-Aufstandes im Januar 1919 den Prozess der Entfremdung zwischen beiden sozialdemokratischen Parteien beschleunigt, womit die Politik einer Demokratisierung von Verwaltung und Militärwesen und einer Sozialisierung der Wirtschaft auf der Basis einer breiten sozialistischen Bewegung gescheitert war. Die MSPD musste sich nun notwendigerweise ihre Bundesgenossen bei den Trägern der alten Ordnung suchen und wurde somit zwangsläufig weiter nach rechts gedrängt.

Mit dem Ausscheiden des Spartakusbundes und der Gründung der KPD 1918/19 hatte sich die innere Radikalisierung der USPD jedoch noch weiter fortgesetzt. So hatte die Partei weder ein klares politisches Profil noch ein konkretes revolutionäres Programm oder die adäquaten Instrumente zur Durchführung einer auf die faktische Situation ausgerichteten Politik. Zudem war die USPD eine höchst instabile Protestpartei und Oppositionsbewegung, deren Flügel sich weitgehend blockierten und eine von der Gesamtpartei akzeptierte konstruktive Politik verhinderten.⁶⁵ Auf dem Parteitag in Halle im Oktober 1920 kam es schließlich zur Spaltung, als sich die Mehrheit der Delegierten für einen Beitritt zur Dritten Kommunistischen Internationalen und damit für Verhandlungen zugunsten einer Verschmelzung mit der KPD stimmte. Wegen der Verpflichtung, sich einer anderen Partei anzuschließen, erklärte die unterlegene Minderheit daraufhin den Ausschluss dieser Mehrheit, die sich nun mit der KPD vereinigte, und führte die USPD als Rumpfpartei fort. Nach der Ermordung des damaligen Reichsaußenministers Walther Rathenau im Juni 1922 begannen schließlich Gespräche zwischen der MSPD und der Rumpf-USPD über eine Wiedervereinigung beider Parteien, die am 24. September 1922 in Nürnberg erfolgte. Innerhalb der Partei hatten die aus der USPD kommenden Kräfte jedoch keine große Rolle mehr gespielt, auch wenn „die Tendenzen zum Festhalten am Marxismus und die Reserven gegen eine Beteiligung an Koalitionen mit bürgerlichen Parteien verstärkt“ wurden. Bemerkenswert ist zudem, dass die ehemaligen Unabhängigen Sozialdemokraten auch in der KPD ohne

⁶⁴Vgl. Ritter, Gerhard A.: Die sozialistischen Parteien in Deutschland zwischen Kaiserreich und Republik. In: Werner Pöls (Hrsg.): Staat und Gesellschaft im politischen Wandel. Beiträge zur Geschichte der modernen Welt. Stuttgart 1979. S. 129.

⁶⁵Vgl. ders. S. 130/131.

wesentlichen und dauerhaften Einfluss blieben und daher auch keinen ernsthaften Widerstand gegen die Aushöhlung „der innerparteilichen Demokratie und der Bestimmung der Politik der KPD durch die Interessen eines von Moskau geleiteten Funktionärskörpers leisteten“.⁶⁶

Will man nun das Verhältnis der SPD zur Weimarer Republik charakterisieren, so kommt man zu dem Schluss, dass sie „die eigentliche Staatspartei der Republik gewesen“ war.⁶⁷ Die zentrale Bedeutung der Sozialdemokratie bestätigt sich besonders in der Tatsache, dass sich die Geschichte der sozialdemokratischen Nachkriegsentwicklung „die entscheidenden Stationen dieser Jahre wiedergibt die Positionen aller Parteien mitsetzt.“⁶⁸ In der Tat ist das Schicksal der SPD ungeachtet dessen, dass sie seit 1920 - mit Ausnahme der Großen Koalitionen - in den meisten Koalitionsregierungen nicht vertreten war, enger an das Überleben der Republik geknüpft, als dies bei jeder anderen politischen Gruppierung der Fall war. Trotz allem sah die SPD ihre innenpolitische Aufgabe besonders darin, die demokratische Republik mit alle Kräften zu verteidigen; schließlich entwickelte sich die SPD außenpolitisch zu einer zentralen Stütze der Politik von Reichsaußenminister Gustav Stresemann. Weiterhin sind auch die Verdienste der sozialdemokratischen Politik in Preußen zu nennen, wo die SPD bis 1932 nahezu ununterbrochen den Ministerpräsidenten stellte. Doch gerade in den frühen dreißiger Jahren wurde zusehends deutlich, dass die Politik der SPD durch „einen eklatanten Mangel an konstruktiver Initiative und taktischer Elastizität“ gekennzeichnet war. Diese Passivität und Unfähigkeit zu einer konstruktiven Politik beruhten weitgehend auf den noch „ungelösten Führungs- und Strukturproblemen der Partei“, die es ihr nahezu unmöglich machten, „in der Situation der Krise vorwärtsweisende politische und wirtschaftliche Konzeptionen zu entwickeln.“ Dies erklärt auch, dass die SPD es nicht verstand, den wachsenden Radikalisierungs- und Abspaltungstendenzen in den eigenen Reihen zu begegnen.⁶⁹ So konnte die SPD weder die Abspaltung einer linken Gruppierung zur „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“ (SAPD) im Oktober 1931 noch die Annäherung des äußerst rechten SPD-Flügels an die völkisch-nationalistische Bewegung verhindern. Doch hatten sich vor allem im SPD-Umfeld einige Organisationen des aktiven Widerstandes gegen den Nationalsozialismus herausgebildet. Insbesondere das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“, das 1924 durch das Zentrum, die SPD und DDP gegründet wurde, entwickelte sich „immer mehr zu einer rein sozialdemokratischen Schutzorganisation für die Republik“.⁷⁰ Zudem bewies die SPD dadurch Haltung, als sie am 24. März 1933 - trotz der nationalsozialistischen Repressionen - als einzige Partei gegen das „Ermächtigungsgesetz“ stimmte. Doch wurde auch deutlich, dass die deutsche Sozialdemokratie in der ganzen Weimarer Zeit „kein wirkliches Verhältnis zur Macht entwickelte“ und trotz ihrer neuen Stellung „im Kern die alte Partei der Vorkriegszeit geblieben war.“ Vor diesem Hintergrund trägt die SPD als die

⁶⁶Vgl. ders. S. 135/136.

⁶⁷Matthias, Erich: Der sozialistische Einfluß in der Weimarer Republik. In: Oswald Hauser (Hrsg.): Politische Parteien in Deutschland und Frankreich 1918-1939. Wiesbaden 1969. S. 124.

⁶⁸Neumann, Sigmund: Die Parteien der Weimarer Republik. S. 28.

⁶⁹Vgl. Matthias, Erich: Der sozialistische Einfluß in der Weimarer Republik. S. 126.

⁷⁰Hofmann, Robert: Geschichte der deutschen Parteien. S. 136/137.

eigentlich staatstragende Partei somit auch eine gewisse Mitverantwortung für die latente politische Instabilität der demokratischen Ordnung von Weimar und letztlich auch für ihr Scheitern.⁷¹

4. Der Linksliberalismus

4.1. Der Linksliberalismus im Kaiserreich

Ideengeschichtlich basiert der Liberalismus auf den philosophischen und ideologischen Voraussetzungen der bürgerlichen Revolutionen und deren durch die Praxis modifiziertem geistigen Erbe. Als politische Bewegung trat der Liberalismus erstmals um 1830 auf, doch reichen seine Wurzeln bereits weiter zurück. Schon der Humanismus und die Aufklärung richteten sich gegen die feudalen Systeme und deren Repräsentanten, wie Königen, Adel, Klerus, Bürokratie und Armee. Dabei sollten Staat und Gesellschaft „menschewürdig“ umgestaltet werden, wobei dem Bürgertum die politische Führung s-rolle zufallen sollte.⁷²

Der deutsche Liberalismus strebte die Umsetzung seiner politischen Ziele mehrheitlich auf reformistischem und nicht auf revolutionären Wege an. Bereits August Ludwig von Schölzer, der als „Erzväter des deutschen Liberalismus“ angesehen wird, forderte auf reformistischem Wege die Schaffung einer konstitutionellen Monarchie mit rechtsstaatlichen Prinzipien, einer Volksvertretung mit zwei Kammern, Presse- und Geistesfreiheit, Rechtsfreiheit und die Zurückdrängung des staatlichen Einflusses in der Wirtschaftstätigkeit. Das daraus resultierende politische Grundsatzprogramm des deutschen Liberalismus lässt sich somit in drei Forderungen zusammenfassen:

1. Verteidigung der Menschenrechte, insbesondere des Rechtes auf individuelle Freiheit und auf Privateigentum;
2. Förderung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung;
3. Schaffung eines Verfassungs- und Rechtsstaates mit Gewaltenteilung, Laizismus und „maßvollen“ demokratischen Mitwirkungsrechten (ausschließlich für Männer) bei gleichzeitiger Ablehnung republikanisch-demokratischer Regierungsformen.

Mit diesem Programm begriff sich der deutsche Liberalismus „als die einzig legitime, vernünftige und fortschrittliche Reaktion auf die Probleme der modernen Gesellschaft“.⁷³ Bereits in den 60er-Jahren des 19. Jahrhunderts wurde allerdings deutlich, dass die Liberalen ihre Ziele einer politischen Freiheit zugunsten der nationalen Einigung stark einschränken mussten. Mit dem Aufstieg Preußens zur deutschen Großmacht wurde somit der Nationalliberalismus zur bestimmenden Strömung im liberalen Lager. Der demokratische Liberalismus verkam ebenso zu einer Randerscheinung wie der sozialreformerische Flügel, der als Reaktion auf die Arbeiterbewegung entstanden war.⁷⁴

Im Kaiserreich stellte der Linksliberalismus keine einheitliche Bewegung dar, sondern war durch mehrere Abspaltungen gekennzeichnet. Die beiden wichtigsten Parteien dabei waren die Freisinnige Volkspartei und die Freisinnige Vereinigung. Die Volkspartei wies dabei das fortschrittlichste und

⁷¹Matthias, Erich: Der sozialistische Einfluß in der Weimarer Republik. S. 127.

⁷²Vgl. Hofmann, Robert: Geschichte der politischen Parteien. S. 26.

⁷³Vgl. ders. S. 27/28.

⁷⁴Vgl. ders. S. 29/30.

detaillierteste Parteiprogramm auf, dass in sechs Schwerpunktbereiche gegliedert war: die demokratische Ausgestaltung von Staat und Gesellschaft, Bildung, Familien-, Wirtschafts-, Steuer-, Außen- und Militärpolitik. Ihre soziale Basis hatte sie besonders in den Kreisen der Groß- und Kleinunternehmern wie dem Bankkapital, den Handwerkern, Klein- und Mittelbauern, den Lehrern, Rechtsanwälten, Ingenieuren und Journalisten.⁷⁵ Die Freisinnige Vereinigung war hingegen eher ein offener Wahlverein der Liberalen, der kein eigenes Grundsatzprogramm besaß. Neben diesen beiden Parteien existierten zudem noch einige regionale Parteien, wie die 1863 gegründete Deutsche Fortschrittspartei in Bayern und die Süddeutsche Volkspartei, die sich besonders in den 1890er-Jahren zu einem Machtfaktor in Württemberg entwickelte. Die Ursachen für die Spaltung des Linksliberalismus waren recht vielfältig. Zu nennen sind dabei vor allem Differenzen über die Leitmotive und mögliche politische Koalitionen, über die Frage, wie schnell man auf dem Weg zu einer Demokratie vorankommen sollte, sowie über die sogenannten „nationalen Fragen“ wie die Außenpolitik und die Schaffung von Kolonien, den Verteidigungsetat oder „empfindlichen patriotischen Streitpunkten.“⁷⁶ Zu Beginn dieses Jahrhunderts war die Angleichung der linksliberalen Parteien allerdings so weit, dass es im Jahre 1910 zur Gründung der Fortschrittlichen Volkspartei (FVP) kam, die schließlich 1918 in der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) aufging. Eine Stärkung des Linksliberalismus im Kaiserreich erfolgte dadurch jedoch nicht mehr.

4.2. Aufbau und Programmatik der Deutschen Demokratischen Partei

Wie im Kaiserreich konnte auch in der Weimarer Republik die parteipolitische Spaltung des Liberalismus nicht überwunden werden. Zwar gab es Bestrebungen zur Schaffung einer einheitlichen liberalen Partei, doch zeigte sich sehr rasch, dass die Gegensätze zwischen den linksliberalen und national-liberalen Kräften noch immer fast unüberbrückbar war. Am 20. November 1918 konstituierte sich schließlich die linksliberale Deutsche Demokratische Partei (DDP). Das Programm der neuen Partei wurde auf dem 2. Parteitag im Februar 1920 verabschiedet. Die zentralen Inhalte des Parteiprogramms waren neben der Absage an „die Wiedererrichtung der alten Gewaltherrschaft“ oder neuer Diktaturen die Erfüllung der deutschen Republik „mit wahrhaftigem, staatsbürgerlichem und sozialem Geist“. Zudem stand die Partei auf dem Boden der Verfassung und sei „zu ihrem Schutz und ihrer Durchführung“ berufen. Außenpolitisch gab sich die DDP national und strebte neben der Revision der Versailler Friedensverträge auch die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund an. Desweiteren wollte man den Verlust der deutschen Kolonien rückgängig machen und „niemals [...] die Abspaltung deutscher Volksteile vom Vaterland“ anerkennen. Wirtschaftspolitisch verstand sich die DDP bei prinzipieller Anerkennung der Privatwirtschaft als „Partei der Arbeit“, welche neben der Schaffung eines sozialen Rechtsstaates auch eine „Demokratisierung der Wirtschaft“ erreichen wollte. Daneben wollte man die „übermäßigen Unterschiede in Besitz und Einkommen“ beseitigen und eine Bodenreform zulasten des

⁷⁵Vgl. Programm der Freisinnigen Volkspartei, Eisenach, 24. September 1894, in: Wolfgang Treue (Hrsg.): Deutsche Parteiprogramme 1861-1956. S. 81-84.

⁷⁶Frye, Bruce B.: Liberal Democrats in der Weimar Republik. The History of the German Democratic Party and the German State Party. Carbondale, Edwardsville 1985. S. 7.

Großgrundbesitzes durchführen.⁷⁷ Durch den schwindenden Einfluss des linksliberalen, demokratischen Parteiflügels erlangten diese wirtschaftspolitischen Passagen kaum praktische Bedeutung. Die Deutsche Staatspartei übernahm in ihrem Manifest vom 22. August 1930 wesentliche Teile des Grundsatzprogramms, das aber aufgrund der Schwäche der Partei keine praktische Relevanz mehr besaß.

Die Politik der DDP ist allerdings auch eng mit ihren Organisationsstrukturen verbunden, welche im wesentlichen von den linksliberalen Parteien aus der Zeit des Kaiserreiches übernommen wurden. Auf der untersten Basis verteilten sich die Parteimitglieder auf Ortsgruppen, die auf der übergeordneten Ebene Reichstagswahlkreise bildeten, welche wiederum die Delegierten für den Parteitag und den Parteiausschuss wählten. Der Parteitag bildete dabei das oberste Organ der DDP, dem alle anderen Institutionen verantwortlich waren. Zu seinen Kompetenzen gehörten neben der Besetzung der Spitzenämter auch die Regelung der Beiträge an die Parteikasse. Doch diente der Parteitag aber auch als breites Forum für die innerparteiliche Meinungsbildung, für die Verabschiedung von Programmen und anderen Willensbekundungen der Partei.⁷⁸ Faktisch fand jedoch weder ein intensiver Informationsaustausch noch ein „Orientierungskonflikt“ zwischen den einzelnen Funktionsgruppen statt, wobei in den Spezialdebatten die Diskussionsbeiträge entsprechende Spitzenpolitiker und Fachleute überwogen; die große Mehrheit der Delegierten schloss sich dabei zumeist den jeweiligen Vorschlägen der Parteileitung an. Der Parteitag vermochte somit die Aufgabe einer wirksamen Kontrollinstanz nicht erfüllen und bot vielmehr einen „geeigneten Anlass, nachhaltig vor der Öffentlichkeit politische Einnützigkeit zu beweisen“.⁷⁹

Der Parteivorstand setzte sich aus Vertretern der Fraktion, der Parteipresse, der Ausschüsse, führenden Funktionären und Parteibeamten zusammen; seine Hauptaufgaben waren die Verwaltung der Finanzen und die Leitung der Organisation. Mit der steigenden Zahl der Vorstandsmitglieder verringerte sich aber auch die Arbeitsfähigkeit des Gremiums, so dass es sich im Laufe der Jahre zu einem relativ unbeweglichen Organ entwickelte, welches hauptsächlich mit technischen Aufgaben der laufenden Geschäftsleitung belastet war. Wichtige Entscheidungen fielen im Vorstand jedoch nicht, da dieser vielmehr den Empfehlungen der Fraktion und des Parteivorsitzenden folgte.⁸⁰

Dem Parteiausschuss kam ebenfalls nur ein geringes politisches Eigengewicht zu, da dessen Mitglieder aus allen Teilen des Deutschen Reiches stammten und daher aus technischen Gründen nur wenige Male im Jahr zusammenkommen konnte. Desweiteren wurde die Arbeitsfähigkeit des Ausschusses durch die steigende Zahl der Mitglieder immer weiter eingeschränkt, so dass sich letztlich auch in diesem Gremium immer mehr die Vorstellungen der Mehrheit von Vorstand und Fraktion durchsetzten.⁸¹

⁷⁷Vgl. Programm der Deutschen Demokratischen Partei, Leipzig, 13.-15. Dezember 1919, in: Wolfgang Treue (Hrsg.): Deutsche Parteiprogramme 1861-1956. S. 125-130.

⁷⁸Vgl. Wegner: Konstanze: Linksliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei 1918-1933 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Reihe III, Band 5). Düsseldorf 1980. S. XX.

⁷⁹Vgl. Schneider, Werner: Die Deutsche Demokratische Partei in der Weimarer Republik 1924-1930. München 1978. S. 213/214.

⁸⁰Vgl. ders. S. 215/216.

⁸¹Vgl. ders. S. 214/215.

Neben diesen Parteigremien existierten zudem eine Reihe von Ausschüssen, die zwischen der Parteipolitik und den Sonderinteressen sozialer Schichten und Gruppen vermittelten. Besonders die Ausschüsse mit wirtschaftlicher und beruflicher Orientierung hatten für die DDP besonderes Gewicht, auch wenn sie sich zunächst mit deren Einrichtung recht schwer tat. Zu den hervorstechenden Ausschüssen gehörte zunächst der Reichsausschuss für Handel, Gewerbe und Industrie. Dieser sah seine Aufgabe vornehmlich in der Einflussnahme auf die Gesetzgebung und in der Information für die Partei.⁸² Zu den Forderungen des Reichsarbeitnehmerausschusses gehörten vor allem die Ausdehnung der Angestelltenkammern der Arbeitsgerichte, die Selbstverwaltung in der Reichsversicherungsanstalt, die Erhaltung der Ersatzkrankenkassen und die dortige Anhebung der Versicherungsgrenzen. Der Reichsbeamtenausschuss gehörte zu den beständigsten Befürwortern einer demokratischen Republik und trat nachdrücklich für eine Demokratisierung der Verwaltung sowie einer arbeitnehmerorientierten Wirtschafts- und Sozialpolitik ein. Weitere Ausschüsse waren zudem der Mittelstandsausschuss, der seinem Selbstverständnis und seiner Zusammensetzung nach „dem Gewerbe und Detaillhandel mit mittlerem und kleinem Kapital vorbehalten“ war⁸³, der Frauenausschuss, welcher sich vor allem mit den wirtschaftlichen und sozialen Fragen von Frauen und Kindern befassen sollte, sowie der Reichsbund demokratischer Jugend.

Zu den zentralen Problemen der liberalen Parteien hatte es sowohl im Kaiserreich als auch in der Weimarer Republik gehört, die vielfältigen bürgerlichen Interessen politisch zusammenhalten zu können und damit organisationsfähig zu machen. Die Ursachen lagen neben den Wahlverlusten besonders auch in der wachsenden Zahl bürgerlicher Interessenverbände, die zwar auf die liberalen Parteien einwirkten, sich aber deren politischem Einfluss dauerhaft entzogen, was schließlich dazu führte, dass sich das liberale Milieu bis 1933 nahezu gänzlich aufgelöst hatte. Um allerdings die Ursachen für den Niedergang der liberalen Parteien in der Weimarer Republik zu erforschen, muss man sich zunächst die Sozialstruktur und Wählerschaft der DDP betrachten. Allerdings lassen sich Rückschlüsse meist nur aus der Zusammensetzung des Funktionärskörpers machen, in dem besonders Unternehmer, leitende Angestellte, Beamte, Lehrer und selbstständige Gewerbetreibende mit protestantischer Konfession vertreten waren; Arbeiter und Bauern waren hingegen eher unterrepräsentiert.⁸⁴ Diese Struktur entsprach im wesentlichen aber auch der linksliberalen Wählerschaft. So stimmten sowohl Zeitgenossen als auch rückblickende Historiker darin überein, dass die DDP vor allem von städtischen Protestanten, d.h. von industriellem, kommerziellen und finanziellem Bürgertum, selbstständigen Handwerkern, Beamten, Angestellten und Intellektuellen gewählt wurde. Der Anteil der Arbeiter und Bauern war dagegen eher unbedeutend. Der Hauptanteil unter den städtisch-protestantischen Wählern der liberalen Parteien stellte somit die „bürgerliche Mitte“, welche die DDP bei den Wahlen des Jahres 1919 zwar noch zur drittstärksten Kraft gemacht hatte, sich aber in der Folgezeit verstärkt anderen Parteien zuwandte, wie der DVP und der DNVP und in den dreißiger Jahren auch der NSDAP.⁸⁵ Da die DDP zudem in keinem festumgrenzten Milieu verankert war, blieb ihr der offene Weg zu einer

⁸²Vgl. Wegner, Konstanze: Linksliberalismus in der Weimarer Republik. S. XXXIX.

⁸³Vgl. dies. S. XLII/XLIII.

⁸⁴Vgl. Hofmann, Robert: Geschichte der deutschen Parteien. S. 123.

⁸⁵Vgl. Langewiesche, Dieter: Liberalismus in Deutschland. Frankfurt/Main 1988. S. 243/244.

reinen Interessenpartei versperrt und stand somit vor der erfolglosen Aufgabe, die immer weiter auseinanderdriftenden Interessen ihrer Klientel, besonders der Wirtschaftsverbände, zu verklammern.

4.3. Die Deutsche Demokratische Partei und ihr Niedergang

Nach dem Zusammenbruch des monarchischen Systems in Deutschland 1918 wurden sowohl der Liberalismus als auch die Sozialdemokratie nun zwangsläufig an die Macht gedrängt. Beide Seiten standen nun vor der Aufgabe, die Revolution so rasch wie möglich in demokratisch legitimierte Reformen zu überführen. Allerdings war man über das Ausmaß der Reformen und den Weg dorthin uneinig, doch setzten sich schließlich - gestützt auf eine breite Bevölkerungsmehrheit - die gemäßigten Kräfte durch. Mittels eines Volksentscheides wollte man nun der Revolution ein Ende setzen und parlamentarische Reformen einleiten. Eine, wenn auch zeitlich befristete, Revolutionsdiktatur hätte sich mit dem Demokratieverständnis des Liberalismus und der Sozialdemokratie nicht vereinbaren lassen. Deren Bereitschaft, „die ihnen zugefallene Macht zu teilen“ und „rechtsstaatlich zu verwalten“ eröffnete nun die Möglichkeit „einer breiten Zusammenarbeit über die Grenzlinien der politischen Gruppierungen hinweg.“ Nachdem die deutsche Sozialdemokratie im November 1918 die politische Macht in Deutschland übernommen hatte, suchte sie nun eine Kooperation mit den reformwilligen Kräften der anderen politischen und gesellschaftlichen Gruppierungen. In den Parlamenten zeigte sie sich auch weiterhin bereit, die bereits während des Krieges erprobte Zusammenarbeit mit dem Zentrum und der linksliberalen FVP fortzusetzen. Die Absprachen zwischen den einzelnen Parteien steckten dabei den Handlungsrahmen ab, in dem sich das Verfassungswerk der Nationalversammlung bewegen konnte.⁸⁶ Für das liberale Bürgertum bot sich damit die Möglichkeit, die revolutionäre Übergangsphase von der Monarchie zur Republik mitzuprägen. Die Voraussetzung dafür war jedoch das Bekenntnis zum neuen republikanischen System, dass bereits in einem Aufruf vom 16. November 1918 erfolgte, der im „Berliner Tagblatt“ veröffentlicht wurde. Darin bekannte man sich nicht nur zur neuentstandenen Republik, sondern verpflichtete sich auch, diese „gegenüber jeder Reaktion zu verteidigen“ und forderte dabei zur Gründung einer Deutschen Demokratischen Partei (DDP) auf.⁸⁷ In der politischen Praxis verstand man die Republik jedoch als Bollwerk gegen Anarchie und Chaos und vor allem „gegen die vermeintlich drohende Bolschewisierung Deutschlands.“⁸⁸

In den Folgejahren sah sich die DDP in der Nachfolge des alten Linksliberalismus aus der Kaiserzeit und suchte dabei die große Meinungs- und Interessenvielfalt ihrer Mitglieder und Wähler durch Leitwerte wie „Staat“ und „Nation“ zu bündeln. Dabei wies die DDP eine breite Skala unterschiedlicher Grundhaltungen auf. Diese reichte von überzeugten Demokraten und Vernunftrepublikanern über „Rationaldemokraten“ und „Nationaldemokraten“ bis hin zu Pazifisten und Imperialisten wilhelminischer Prägung - ein weit gespannter Bogen also, „den die Partei auf dem Boden der Verfassungs- und Staatsbejahung und einer am Gemeinwohl orientierten Vertretung des Staatsinteresses zu überbrücken hoffte.“ Die Leitwerte der DDP bezogen sich dabei nicht auf einen „überzeitlichen“ Staats- und Nati-

⁸⁶Vgl. ders. S. 252/253.

⁸⁷Stephan, Werner: Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918-1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei. Göttingen 1973. S. 13.

⁸⁸Langewiesche, Dieter: Liberalismus in Deutschland. S. 253.

onenbegriff; sie verstand sich vielmehr als „republikanische Verfassungspartei, deren Reformwünsche die Weimarer Demokratie nicht sprengen, sondern in ihrem Bestand sichern sollten.“ Galt die republikanische Verfassung für die „Angst- und Gelegenheitsdemokraten“ der DDP zunächst als Zuflucht vor einem „bolschewistischen Chaos“, entwickelte sie sich in der Folgezeit jedoch schnell zu einer „Hauptbastion des republiktreuen protestantischen Bürgertums.“⁸⁹

Eines der zentralen Probleme des Weimarer Linksliberalismus bestand allerdings vor allem darin, dass sich seine Leitwerte nur schwer von denen der rechten Republikgegner abgrenzen ließen, da auch die DDP an die „nationale Gemeinschaft“ appellierte. Allerdings hob sich der demokratische Nationalismus klar von dem Nationalismus der Rechten ab, indem er die Idee der Nation nicht absolut setzte und sie vielmehr auf die Weimarer Verfassung bezog. Dabei sprach man zwar von der „Volksgemeinschaft“ und dem „Volksganz en“, richtete sich aber nicht gegen den vermeintlich „inneren Feind“. Zudem war der demokratische Nationalismus revisionistisch, aber nicht aggressiv-chauvinistisch; er suchte vielmehr den friedlichen Ausgleich und reichte dabei bis zu pazifistischen Überzeugungen. Allerdings vermochte er letztlich keine scharfen Trennlinien zum integralen Nationalismus der Rechten ziehen; die Übergänge waren vielmehr fließend, die am Ende der Weimarer Republik sogar noch durchlässiger wurden.⁹⁰

In der Anfangsphase der Weimarer Republik erweckte die DDP zunächst den Eindruck einer respektablen Größe, erhielt sie bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1919 immerhin 18,6 Prozent der Stimmen bzw. 75 Mandate und wurde somit zur drittstärksten Kraft nach der SPD und dem Zentrum. Doch wurde dieses Bild schon bei den Reichstagswahlen des Jahres 1920 schwer erschüttert, als der Stimmenanteil der DDP auf 8,4 Prozent und 39 Sitze schrumpfte. Dabei hatte es vor allem starke Abwanderungsbestrebungen zur DVP gegeben, die für viele liberale Wähler attraktiver erschien. Nach der Wahlniederlage wurden somit Stimmen laut, die eine eindeutige Profilierung der DDP forderten, faktisch aber zu einer Bildung von zwei Flügeln führten, von denen sich der eine immer noch an einer Zusammenarbeit mit der SPD orientierte, während der andere Flügel eine Annäherung an die DVP anstrebte. Trotz des stetigen Stimmenrückgangs bei den darauffolgenden Reichstagswahlen beteiligte sich die DDP jedoch an fast allen Reichsregierungen, da eine bürgerliche Minderheitsregierung ohne sie nahezu unmöglich war und sie somit auch mit den Misserfolgen der jeweiligen Regierungen identifiziert wurde. Eine eigenständige Profilierung war daher kaum möglich, erschien sie entweder als Anhängsel der SPD oder als bloße bürgerlich-kapitalistische Interessenvertretung.⁹¹

Der abnehmende Masseneinfluss und der Mitgliederrückgang der DDP führten dazu, dass die Parteiführung erneut für eine Fusion mit nahestehenden Organisationen eintrat. Da die Einigungsbestrebungen mit der DVP erneut scheiterten, kam es schließlich im Juli 1930 zu einer Verschmelzung der DDP mit der „Volksnationalen Reichsvereinigung“, welche 1929 aus dem „Jungdeutschen -Orden“, einem Abkömmling der Jugendbewegung, hervorging. Diese Vereinigung war jedoch dem Antisemitismus zugetan und hing auch Volksgemeinschaftsideologien nach. Die daraus entstandene Deutsche Staatspartei (DStP) verzichtete jedoch weitgehend auf „alte Ideologien“; wesentlich war nun der Staat und

⁸⁹Vgl. ders. S. 265/266.

⁹⁰Vgl. ders. S. 267.

⁹¹Vgl. Hofmann, Robert: Geschichte der deutschen Parteien. S. 120.

nicht mehr das Recht und die Freiheit des Einzelnen.⁹² Doch kam es aus Protest gegen den eher völkischen Kurs der Reichsvereinigung zur Abspaltung der pazifistisch orientierten „Radikaldemokratischen Partei“ sowie zu Austritten einzelner Politiker. Die Neugründung der Partei konnte deren Verfall allerdings nicht mehr aufhalten. Die Wählerschaft wie das gesamte Bürgertum - mit Ausnahme eines festen Zentrumsanhangs - war zur NSDAP übergewechselt, so dass die DStP nur noch über eine Listenverbindung mit der SPD überhaupt noch Mandate im Reichstag gewinnen konnte. Mit den Reichstagswahlen vom November 1932 wurde der politische Bankrott des Linksliberalismus offensichtlich, als die DStP mit 0,9 Prozent der Stimmen und 2 Mandaten zu einer unbedeutenden Splitterpartei herabsank.

Die Gründe für den Niedergang der DDP bzw. der DStP waren recht vielfältig. So war sie zwar nie stark genug, um eigenständige politische Entscheidungen zu treffen, doch besaß sie durch ihren „entscheidenden Ausschlag“ zwischen rechts und links eine besondere Schlüsselstellung, durch die sie alle politischen Handlungen in ihrem Sinne beeinflussen konnte. Zudem war die DDP aufgrund ihrer Staatsgesinnung, die bei der Regierungsbildung auf Reichsebene sowie in einzelnen Ländern unentbehrlich war, grundsätzlich immer bereit gewesen, Regierungsverantwortung zu übernehmen. Die DDP nahm damit die Rolle eines politischen Koordinators ein, „der durch seine vermittelnde Tätigkeit diejenige Parteienkonstellation in der Regierungsverantwortung anstreben sollte, die für Deutschland das beste leisten konnte.“⁹³ Trotz ihrer Verdienste um die Republik fehlte der DDP jedoch vor allem die parteibildende Kraft, was sich besonders darin zeigt, dass ihre Wähler weniger für die DDP eingetreten waren als gegen die befürchtete Mehrheit der sozialistischen Parteien. Die Partei verfügte zwar über eine Reihe von Ideen, doch konnte man damit in einer „Demokratie ohne Demokraten“ keine Breitenwirkung erzielen. Negativ wirkte sich aber die Tatsache aus, dass die DDP nahezu ununterbrochen in der Regierungsverantwortung stand und somit auch Maßnahmen billigte, die ihren eigenen Anschauungen zuwiderliefen. Hinzu kam, dass die Mehrheit der Wähler die DDP als „Schutzwehr gegen einen Umsturz von links“ und als „Bollwerk gegen unvorsichtige und verderbliche Regierungsexperiment [...] radikaler Sozialdemokraten“ betrachteten, ohne jedoch „innerlich überzeugte Demokraten zu sein“.⁹⁴ Desweiteren übersah die DDP bei ihrer allzu starken Betonung großer staatspolitischer Gesichtspunkte vor allem auf die konkreten Belange der Wähler einzugehen. Außerdem hatte die DDP auch deshalb so viele Wähler verloren, weil sie zu sehr nach allen Seiten lavierte und daher eine „Politik des kleineren Übels“ praktizierte. Je nach Standpunkt warf man der DDP somit vor, politisch zu eng mit der SPD oder mit der DVP liiert zu sein.⁹⁵ Die Parteiführung war sich durchaus über die Gründe der wachsenden politischen Einflusslosigkeit der DDP bewusst, doch weigerte sie sich, „aus Gesinnungstreue, die zur ideologischen Sturheit geworden waren, die entsprechenden Schlussfolgerungen zu ziehen.“⁹⁶

⁹²Vgl. Stephan, Werner: Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus. S. 484.

⁹³Vgl. Schustereit, Hartmut: Linksliberalismus und Sozialdemokratie in der Weimarer Republik. Eine vergleichende Betrachtung der Politik von DDP und SPD 1919-1930 (Geschichte und Gesellschaft, Bochumer Historische Schriften). Düsseldorf 1975. S. 221.

⁹⁴Vgl. ders. S. 226/227.

⁹⁵Vgl. ders. S. 232/233.

⁹⁶Ders. S. 235.

5. Zusammenfassung

Die Novemberrevolution sowie die Ablösung der Monarchie durch die Republik von Weimar stellte die deutschen Parteien vor eine völlig neue Situation, auch wenn sie in der Verfassung von Weimar nicht als Faktor der politischen Willensbildung genannt wurden. Auffallend ist jedoch, dass das alte Parteienschema aus der Kaiserzeit auch in der Weimarer Republik weitgehend erhalten blieb. Die Weimarer Koalition aus Zentrum, SPD und DDP entsprang dabei einer Parteienkoalition im Interfraktionellen Ausschuss des Reichstages, die bereits gegen Ende des Ersten Weltkrieges aus dem Zentrum, der MSPD sowie der FVP und der Nationalliberalen Partei vorgebildet wurde. Indem diese Weltkriegskoalition jedoch die Revolutionsregierung ablöste, gewann sie für die weitere Entwicklung der Republik einen bedeutsamen Stellenwert. Die Weimarer Koalition wurde somit zu einer Koalition der staatstragenden Parteien, die um den Einfluss gewisser Führungspersönlichkeiten und Schichten aus dem Kaiserreich vermehrt wurden.⁹⁷

Die Zentrumsparterie zeichnete sich dabei besonders dadurch aus, dass sie sowohl während des Kaiserreiches als auch in der Weimarer Republik die parteipolitische Interessenvertretung des deutschen Katholizismus darstellte. Das Zentrum sah sich dabei vor allem als christliche Partei, die zwar um eine gewisse Interkonfessionalität bemüht war, allerdings nie einen nennenswerten Stimmenanteil unter protestantischen Wählern erreichen konnte. Die Parteiorganisation wurde vielfach von einem bürgerlich-mittelständischen Honoratiorentum geprägt, bildeten vor allem die katholische Industriearbeiterschaft und das Kleinbauerntum die breite Basis der Wählerschaft. In der Zeit der Weimarer Republik nahm das Zentrum die Rolle der klassischen Mittelpartei ein und bildete somit das Scharnier aller denkbaren Koalitionen, um somit auch den innerparteilichen Spannungen zu begegnen. Doch bekannte sich das Zentrum nie offen zur Republik, sondern verstand sich vielmehr als reine „Verfassungspartei“.

Die SPD hingegen war im Vergleich zum Zentrum keine soziale Querschnittspartei, vielmehr war die Arbeiterschaft die dominierende soziale Schicht innerhalb der deutschen Sozialdemokratie, auch wenn sich die SPD vor allem in der Anfangsphase der Weimarer Republik eher erfolglos um andere soziale Gruppierungen bemühte. Die eigentliche Bedeutung der SPD liegt jedoch besonders darin, dass sie die wichtigste staatstragende Partei der Republik darstellte und diese mit allen Mitteln verteidigen wollte, obwohl nie ein wirkliches Verhältnis zur Macht entwickelt hatte.

Die linksliberale DDP repräsentierte vor allem das städtisch-protestantische Bürgertum, doch konnte sie im Vergleich zur SPD und zum Zentrum nie ein eigenes politisches Profil entwickeln, auch wenn sie die Republik unterstützte. Die allmähliche Abwanderung von Mitgliedern und Wählern von der DDP zu anderen Parteien führte schließlich dazu, dass sie zu einer unbedeutenden Splitterpartei verkam. Alle drei Parteien haben gemeinsam, dass sie zwar äußerlich die eigentlich staatstragenden Parteien der Weimarer Demokratie bildeten, innerparteilich aber an die alten Traditionen des Kaiserreiches anknüpften und somit wesentlich zur permanenten politischen Instabilität des Weimarer System und damit zu dessen Scheitern beigetragen haben.

⁹⁷Vgl. Becker, Winfried: Politischer Katholizismus und Liberalismus vom Kaiserreich zur Bundesrepublik. In: Winfried Becker (Hrsg.): Die Minderheit als Mitte. S. 96.

6. Quellen- und Literaturverzeichnis

6.1 Quellen

Programm des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, Berlin 1867, in: Wolfgang Treue (Hrsg.): Deutsche Parteiprogramme 1861-1956 (Quellensammlung zur Kulturgeschichte, Band 3). Göttingen, Berlin, Frankfurt/Main ²1956. S. 58-59.

Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, Eisenach, 08. August 1869, in: Wolfgang Treue (Hrsg.): Deutsche Parteiprogramme 1861-1956 (Quellensammlung zur Kulturgeschichte, Band 3). Göttingen, Berlin, Frankfurt/Main ²1956. S. 59-60.

Programm des Zentrums, Essen, 30. Juni 1870, in: Wolfgang Treue (Hrsg.): Deutsche Parteiprogramme 1861-1956 (Quellensammlung zur Kulturgeschichte, Band 3). Göttingen, Berlin, Frankfurt/Main ²1956. S. 60-61.

Programm der Freisinnigen Volkspartei, Eisenach, 24. September 1894, in: Wolfgang Treue (Hrsg.): Deutsche Parteiprogramme 1861-1956 (Quellensammlung zur Kulturgeschichte, Band 3). Göttingen, Berlin, Frankfurt/Main ²1956. S. 81-84.

Programm der Sozialdemokratischen Partei, Görlitz, 23. September 1921, in: Wolfgang Treue (Hrsg.): Deutsche Parteiprogramme 1861-1956 (Quellensammlung zur Kulturgeschichte, Band 3). Göttingen, Berlin, Frankfurt/Main ²1956. S. 101-106.

Programm der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei, Heidelberg, 18. September 1925, in: Wolfgang Treue (Hrsg.): Deutsche Parteiprogramme 1861-1956 (Quellensammlung zur Kulturgeschichte, Band 3). Göttingen, Berlin, Frankfurt/Main ²1956. S. 106-110.

Programm der Deutschen Demokratischen Partei, Leipzig, 13.-15. Dezember 1919, in: Wolfgang Treue (Hrsg.): Deutsche Parteiprogramme 1861-1956 (Quellensammlung zur Kulturgeschichte, Band 3). Göttingen, Berlin, Frankfurt/Main ²1956. S. 125-130.

Richtlinien der Deutschen Zentrumspartei, Berlin, 16. Januar 1922, in: Wolfgang Treue (Hrsg.): Deutsche Parteiprogramme 1861-1956 (Quellensammlung zur Kulturgeschichte, Band 3). Göttingen, Berlin, Frankfurt/Main ²1956. S. 130-139.

Manifest der Deutschen Staatspartei, Berlin, 22. August 1930, in: Wolfgang Treue (Hrsg.): Deutsche Parteiprogramme 1861-1956 (Quellensammlung zur Kulturgeschichte, Band 3). Göttingen, Berlin, Frankfurt/Main ²1956. S. 150-155.

6.2 Aufsätze und Monographien

- Albertin, Lothar: Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei. Düsseldorf 1972.
- Becker, Josef: Die deutsche Zentrumsparlei 1918-1933. Grundprobleme ihrer Entwicklung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 11/1968, S. 3-15.
- Becker, Winfried: Die Deutsche Zentrumsparlei im Bismarckreich, in: Winfried Becker (Hrsg.): Die Minderheit als Mitte. Die Deutsche Zentrumsparlei in der Innenpolitik des Reiches 1871-1933 (Beiträge zur Katholizismusforschung). Paderborn, München, Wien, Zürich 1986. S. 9-45.
- Becker, Winfried: Politischer Katholizismus und Liberalismus vom Kaiserreich zur Bundesrepublik, in: Winfried Becker (Hrsg.): Die Minderheit als Mitte. Die Deutsche Zentrumsparlei in der Innenpolitik des Reiches 1871-1933 (Beiträge zur Katholizismusforschung). Paderborn, München, Wien, Zürich 1986. S. 89-110.
- Breitman, Richard: German Socialism and Weimar Democracy. Chapel Hill 1981.
- Bracher, Karl Dietrich: Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie (Schriften des Instituts für politische Wissenschaft, Band 4). Villingen/Schwarzwald 1960.
- Falter, Jürgen W.: Hitlers Wähler. München 1991.
- Frye, Bruce B.: Liberal Democrats in the Weimar Republic. The History of the German Democratic Party and the German State Party. Carbondale, Edwardsville 1985.
- Grünthal, Günther: „Zusammenschluss“ oder „Evangelisches Zentrum“? Ein Beitrag zur Geschichte der Deutschen Zentrumsparlei in der Weimarer Republik, in: Werner Pöls (Hrsg.): Staat und Gesellschaft im politischen Wandel. Beiträge zur Geschichte der modernen Welt. Stuttgart 1979. S. 301-330.
- Hehl, Ulrich von: Staatsverständnis und Strategie des politischen Katholizismus in der Weimarer Republik, in: Karl Dietrich Bracher, Manfred Funke u. Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.): Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik - Wirtschaft - Gesellschaft (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 251). Bonn 1987. S. 238-253.
- Hofmann, Robert: Geschichte der deutschen Parteien. Von der Kaiserzeit bis zur Gegenwart. München 1993.
- Hunt, Richard N.: German Social Democracy 1918-1933. New Haven, London 1964.
- Langewiesche, Dieter: Liberalismus in Deutschland. Frankfurt/Main 1988.
- Lönne, Karl-Heinz: Politischer Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert. Frankfurt/Main 1986.
- Lösche, Peter u. Franz Walter: Die SPD: Klassenparlei - Volkspartei - Quotenparlei. Zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung. Darmstadt 1992.

- Loth, Wilfried: Zwischen autoritärer und demokratischer Ordnung: Das Zentrum in der Krise des Wilhelminischen Reiches, in: Winfried Becker (Hrsg.): Die Minderheit als Mitte. Die deutsche Zentrumspartei in der Innenpolitik des Reiches 1871-1933 (Beiträge zur Katholizismusforschung). Paderborn, München, Wien, Zürich 1986. S. 47-69.
- Matthias, Erich: Der sozialistische Einfluss in der Weimarer Republik, in: Oswald Hauser (Hrsg.): Politische Parteien in Deutschland und Frankreich 1918-1939. Wiesbaden 1969. S. 116-127.
- Milatz, Alfred: Die liberalen Parteien in der Weimarer Republik. In: Oswald Hauser (Hrsg.): Politische Parteien in Deutschland und Frankreich 1918-1939. Wiesbaden 1969. S. 91-104.
- Morsey, Rudolf: Die Deutsche Zentrumspartei 1917-1923 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 32). Düsseldorf 1966.
- Neumann, Sigmund: Die Parteien in der Weimarer Republik. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz ³1973.
- Reich, Karlheinz: Die liberalen Parteien in Deutschland 1918-1933. Hannover 1979.
- Ritter, Franz: Theorie und Praxis des Demokratischen Sozialismus in der Weimarer Republik (Campus-Forschung, Band 216). Frankfurt/Main, New York 1981.
- Ritter, Gerhard A.: Die sozialistischen Parteien in Deutschland zwischen Kaiserreich und Republik, in: Werner Pöls (Hrsg.): Staat und Gesellschaft im politischen Wandel. Beiträge zur Geschichte der modernen Welt. Stuttgart 1979. S. 100-155.
- Rovan, Joseph: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Frankfurt/Main 1980.
- Ruppert, Karsten: Die Deutsche Zentrumspartei in der Mitverantwortung für die Weimarer Republik: Selbstverständnis und politische Leitideen einer konfessionellen Mittelpartei. In: Winfried Becker (Hrsg.): Die Minderheit als Mitte. Die Deutsche Zentrumspartei in der Innenpolitik des Reiches 1871-1933 (Beiträge zur Katholizismusforschung). Paderborn, München, Wien, Zürich 1986. S. 71-88.
- Ruppert, Karsten: Im Dienst am Staat von Weimar. Das Zentrum als regierende Partei in der Weimarer Demokratie 1923-1930 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 96). Düsseldorf 1992.
- Schneider, Werner: Die Deutsche Demokratische Partei in der Weimarer Republik 1924-1930. München 1978.
- Schustereit, Hartmut: Linksliberalismus und Sozialdemokratie in der Weimarer Republik. Eine vergleichende Betrachtung der Politik von DDP und SPD 1919-1930 (Geschichte und Gesellschaft, Bochumer Historische Studien). Düsseldorf 1975.
- Stephan, Werner: Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918-1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei. Göttingen 1973.
- Vogt, Martin: Parteien in der Weimarer Republik, in: Karl Dietrich Bracher, Manfred Funke u. Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.): Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik - Wirtschaft - Gesellschaft (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 251). Bonn 1987. S. 138-157.

Wegner, Konstanze: Linksliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei 1918-1933 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Reihe III, Band 5). Düsseldorf 1980.

Winkler, Heinrich August: Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918-1924 (Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts). Berlin, Bonn 1984.

Winkler, Heinrich August: Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924-1930 (Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts). Berlin, Bonn 1988.

Winkler, Heinrich August: Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930-1933 (Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts). Berlin, Bonn 1987.